



Protokoll der 14. Sitzung des Einwohnerrates

vom 17. Dezember 2025, 17:00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Bürgin Peter (FDP) und Sutter Andreas (GL)

Abwesend: -

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahl in Bau- und Planungskommission (BPK) <i>://: Einstimmig wird Yves Jenni (GLP/EVP) anstelle von Vreni Wunderlin als BPK-Ersatzmitglied gewählt.</i>	2025-73
2. Budget und Jahresprogramm 2026 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO) <i>://: Das Jahresprogramm 2026 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.</i> <i>://: Das Budget 2026 wird mit den beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.</i>	2025-63 2025-63a 2025-63b
3. Bildungsreglement, Totalrevision (ESL 642.1) – Rektifizierter Bericht der GOR zur Totalrevision des Bildungsreglements <i>://: Das neue Bildungsreglement wird einstimmig beschlossen.</i>	2025-42 2025-42b
4. Nichtformulierte Volksinitiative «Für eine verbesserte Sichertnstrasse beim Bahnhof» - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>	2025-61 2025-61a
5. Brücke Weiermattstrasse – Brücke Weiermattstrasse, Obj. 1: Kreditvorlage für die Instandsetzung der Brücke (Einwohnerkasse) und den Wasserleitungsersatz (Wasserkasse); Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>	2025-58 2025-58a
6. Feuerwehrpflichtersatzabgabe-Reglement (ESL 762.2); Teilrevision <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>	2025-75
7. Begegnungszonen-Strassenoberflächen – Postulat «Farbliche Gestaltung der Strassenoberflächen in Begegnungszonen» von Jonas Bischofberger und Bernhard Bonjour der SP-Fraktion und Matthias Holinger der Grünen Fraktion <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>	2025-66

- | | | |
|-----|---|---------------------|
| 8. | Fischmarkt-Neugestaltung – Bericht Stadtrat zu Postulat «Sanierung und Neugestaltung des Fischmarkts und der Mühlegasse» von Peter Küng und Pascale Meschberger der SP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2021-58
2021-58a |
| 9. | Mehrwertabgabe – Bericht Stadtrat zu Motion «Mehrwertabgabe; neuen rechtlichen Spielraum ausnützen» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Albert Siegwart der Grünen Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2020-32
2020-32a |
| 10. | Sichternstrasse: Kapazitätsengpass und Katastrophenschutz – Interpellation «Kapazitätsengpass Sichternstrasse entfernen und Katastrophenschutz gewährleisten» von Jonas Bischofberger der SP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2025-74 |

Ratspräsident Philipp Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder, die Medienvertretenden sowie die heute äusserst zahlreich erschienenen Gäste auf der Tribüne zur letzten Ratssitzung im Jahr 2025. Einen solch erfreulichen Gäste-Aufmarsch hatte er während seiner Amtszeit noch nie erlebt.

Die Namen der entschuldigten Ratsmitglieder werden verlesen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert über folgende Punkte:

- Das von Einwohnerrat Thomas Eugster (FDP) eingegangene Rücktrittsschreiben vom 17. November 2025 wird verlesen:

Lieber Einwohnerratspräsident, lieber Philipp

Lange ist es her als ich mich entschlossen hatte, für den Einwohnerrat zu kandidieren, um aktiv über die Zukunft von Liestal mitbestimmen zu können. Das war anlässlich der Einwohnerratswahlen 2008. Als Zuzüger und „Frischling“ wurde ich natürlich nicht auf Anhieb gewählt, so ergeht es ja den meisten, die erstmals antreten. Aber schneller als gedacht durfte ich im 2010 für den zurücktretenden Hans Brodbeck nachrücken und im Einwohnerrat und zugleich auch in der Bau- und Planungskommission Einsitz nehmen. In der BPK durfte ich bis 2020 mitwirken, von 2012 bis 2016 als Vizepräsident und dann von 2016 bis 2020 als deren Präsident. Die Kommissionsarbeit war für mich immer ein Highlight. Durch die Umsetzung des Masterplans Zentrum und den vielen weiteren Quartierplänen auch ausserhalb des Zentrums hatten wir Diskussionsstoff „en masse“ und wir konnten über Parteigrenzen hinweg jeweils tragfähige Lösungen und Entscheide erarbeiten. Liestal hat dadurch in der Zwischenzeit auch an vielen Orten ein neues Gesicht bekommen. Aber auch die Arbeit als Einwohnerratspräsident habe ich in guter Erinnerung und ich möchte an dieser Stelle nochmals allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten für die gute und manchmal auch humorvolle Diskussionskultur im Rat danken, bitte behaltet das unbedingt bei! Als designierter Stadtrat trete ich nun per Ende Dezember 2025 aus dem Einwohnerrat zurück, verschiebe mich auf die Bankreihe der Exekutive und freue mich darauf, dass wir Liestal auch weiterhin gemeinsam vorwärtsbringen können.

Mit herzlichem Gruss

Thomas Eugster

- Ebenfalls wird die Rücktrittserklärung von Séverine Salatthe (SP) vom 26.11.2025 verlesen:

Guete Oobe mitenand

Die vergangenen Jahre waren für mich persönlich von sehr anspruchsvollen Situationen geprägt, die mich auch weiterhin viel Kraft und Aufmerksamkeit kosten werden. Ich muss jetzt bewusst Prioritäten setzen und mich auf das konzentrieren, was ich brauche, um gesund und kraftvoll zu bleiben. Das ist nicht nur für mich selbst wichtig, sondern auch für meine Kinder und meine Familie, für die ich mit Ruhe und Kraft da sein möchte. In dieser Lebensphase ist es für mich wichtig, mich vor allem Dingen zu widmen, in denen ich Energie schöpfe und gemeinsam mit anderen etwas bewegen kann – sei es in meiner künstlerischen Arbeit oder in meinem ausserparlamentarischen Engagement, unter

anderem beim CSD Baselland. Dort erlebe ich Zusammenhalt, gemeinsames Wirken und ein politisches Miteinander, das mir im Moment sehr entspricht und mich stärkt.

*Da es für mich zur Ratsarbeit gehört, aktiv mitzugestalten, Themen einzubringen und mich engagiert für die Anliegen in Liestal einzusetzen, sehe ich mich aktuell nicht in der Lage, dieses Amt so auszuüben, wie ich es für richtig halte. Ein blosses „Mitlaufen“ wäre für mich nicht richtig. Und damit teile ich euch meinen Rücktritt aus dem Einwohner*innenrat per Ende dieser Sitzung mit.*

Dieser Entscheid ist mir sicher nicht leicht gefallen, aber am Ende fühlt es sich für mich richtig an, mir selbst gegenüber ehrlich zu sein und Verantwortung für meine Gesundheit und meine Energie zu übernehmen. Und eines ist für mich ganz sicher: Mein Herz für soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung und ein solidarisches, lebenswertes Liestal schlägt unverändert weiter – nur eben künftig ausserhalb dieses Saals und vielleicht noch mit etwas mehr Farbe.

Ich danke euch allen für die Zusammenarbeit, die angeregten aber stets respektvollen Diskussionen und den Austausch in den vergangenen Jahren.

Herzlich

Séverine Salathe

- An der heutigen Ratssitzung sind die Ratsmitglieder Florian Abt (SP), Eva Eugster (FDP), Thomas Eugster (FDP) und Séverine Salathe (SP) ein letztes Mal dabei. Thomas Eugster (FDP) werden wir im neuen Jahr in seiner neuen Funktion als Stadtrat in unserer Runde haben. Den übrigen 3 Ratsmitgliedern dankt er an dieser Stelle nochmals für ihr Engagement zu Gunsten der Stadt Liestal und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Im Anschluss an die heutige Ratssitzung findet um 20:00 Uhr der Weihnachtsapéro im Rathaus statt und es wird keine Pause eingeschaltet. Die traktandierten Geschäfte werden bis um ca. 19:30 Uhr behandelt. Anschliessend findet noch die Verabschiedung von Stadtrat Daniel Muri statt.

Neue persönliche Vorstösse

- Fuhrmanns-Znüni – Postulat «Erhalt Fuhrmanns-Znüni 1. Januar in Lieschtl» von Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2025-76)
- Busfahrplan-Verschlechterung – Interpellation betreffend neuer Busfahrplan für Liestal von Denise Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2025-77)

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler möchte gerne darüber informieren, dass die 2 Gemeinde-Initiativen, welche Liestal mitlanciert hat und bei welcher Liestal als Leitgemeinde agiert, von allen 11 Gemeinden in den Einwohnergemeindeversammlungen und Einwohnerräten angenommen worden sind. Wir werden diese Initiativen im Januar einreichen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert darüber, dass man wieder wie früher auf der Sichternstrasse und dem gewohnten Weg auf die Sichtern fahren kann.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Domenic Schneider (GLP) schliesst sich an das Votum von Marie-Theres Beeler an. Wenn ihr auf die Sichtern fahrt und ihr im Restaurant Sichternhof etwas essen oder trinken gehen wollt, müsst ihr ab Januar für 3.5 Monate einen kleinen Umweg machen nach Bubendorf ins Talhaus, da das Restaurant während den Umbauarbeiten dort geführt wird.

Traktandenliste

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach erfolgter Umfrage fest, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Ratssitzung keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 3. Dezember 2025 einstimmig beschlossen.

1. Ersatzwahl in Bau- und Planungskommission BPK (Nr. 2025-73)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich der Einwohnerrat damit einverstanden erklären kann, dass offen gewählt wird. Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Vorschlag der GLP/EVP-Fraktion wird bei 1 Enthaltung einstimmig gewählt:

- **Bau- und Planungskommission (BPK)**

Jenni Yves (GLP/EVP) anstelle Wunderlin Vreni (GLP/EVP) als BPK-Ersatzmitglied.

2. Budget und Jahresprogramm 2026 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission FIKO (Nr. 2025-63)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert über den Ablauf:

1. Eintreten
2. FIKO-Bericht (Nr. 2025-63a)
3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen
4. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung
5. Einzelsprecher: Gesamtwürdigung
6. Anträge: Stellungnahmen und Abstimmungen
 - . Jahresprogramm 2026
 - . Budget-Einzelanträge (Nr. 2025-63b)
 - . Restliche Budget-Anträge gem. Vorlagen Stadtrat und FIKO

Die selbständigen Anträge gemäss ER-Vorlage Nr. 2025-63b werden bei der Behandlung der Anträge einzeln thematisiert. Es wird dann einzeln über diese abgestimmt.

* * * * *

1. Eintreten

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

2. FIKO-Bericht (Nr. 2025-63a)

Peter Küng (SP) stellt den Kommissionsbericht der Finanzkommission (FIKO) gemäss Vorlage Nr. 2025-63a vor: Im Juni dieses Jahres haben wir in diesem Saal über die Rechnung 2024 mit einem Minus von ca. CHF 6 Mio. debattiert. Jetzt beraten wir hier über das Budget 2026 mit einem Plus von ca. CHF 3 Mio. Wir haben entsprechend eine Differenz von fast CHF 9 Mio. Die damalige Debatte um die Rechnung 2024 hat Ratlosigkeit ausgelöst sowie Aktionismus und Sofortmassnahmen gefordert. Bei dieser Ausgangslage hätte man auch für das Budget 2026 mit Schlimmerem rechnen müssen. Umso erfreulicher ist jetzt die Ausgangslage im vorliegenden Budget 2026. Der Gesamtaufwand steigt in diesem Budget um 2,1 %, im Vergleich dazu steigen die Erträge um 5,2 %. Die grössten Aufwandssteigerungen sind wie letztes Jahr im Bereich Alter, in welchem mit einer Steigerung von TCHF 900 gerechnet werden muss. Bei den Personalkosten geht man von TCHF 750 Mehrkosten aus. Die Teuerung ist in diesem Betrag bereits berücksichtigt und eingerechnet. Bei den Erträgen resultieren die Steigerungen vor allem im erhöhten Finanzausgleich mit einem Plus von CHF 2,7 Mio. sowie den Infrastrukturbeiträgen von CHF 2,6 Mio. Wie ihr wisst, muss man bei den Infrastrukturbeiträgen immer etwas vorsichtig sein, da man nicht weiss, ob sie im nächsten Jahr kommen. Man rechnet aber

mit den CHF 2,6 Mio. Wie ihr dem FIKO-Bericht entnehmen könnt, hat der Landrat einen Teuerungsausgleich von 0,3 % beschlossen. Dies sind 0,05 % mehr als im Budget angenommen, weil man den Beschluss noch nicht gekannt hat, als man die Budgetierung gemacht hat. Der Landrat hat letzte Woche zudem eine Realloohnerhöhung von 0,66 % beschlossen. Die Finanzkommission unterstützt beide Anträge einstimmig. In der Regel vollzieht die Stadt Liestal nach, was der Landrat beschliesst. Es geht vor allem um die Gleichbehandlung von Lehrpersonen und vom Verwaltungspersonal. Die Lehrpersonen werden über den Kanton angestellt und werden gemäss den kantonalen Vorschriften entlohnt. So kommt es zu einer Gleichbehandlung. Das war bisher der Usus und die FIKO möchte dies gerne so beibehalten, damit die Stadt Liestal mit den Beschlüssen des Kantons mitgeht und damit auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichbehandelt werden. Wie ich auch im Bericht erwähnt habe, ist der Stellenplan nicht vorhanden. Die FIKO würde es sehr begrüßen, dass der Stellenplan weiterhin ein Bestandteil des Budgets ist. Denn für uns ist es wichtig, dass wir die Entwicklung beim Personalaufwand nachvollziehen können. Ich möchte jetzt zur Würdigung des Budgets 2026 kommen. Eine Mehrheit der Finanzkommission ist gegenüber dem Budget sehr zurückhaltend. Die Stadt Liestal verliert weiterhin Steuersubstrat. Die Mehrheit möchte dort auch nahelegen, dass die Stadt Bemühungen tätigt, dass beim Steuersubstrat zugelegt werden kann. Eine Minderheit ist der Meinung, dass Liestal gut dasteht und dass es eine gute Investitionstätigkeit gibt. Ich möchte jetzt zu den Anträgen kommen. Wie ihr auch aus dem Bericht entnehmen konntet, unterstützt die FIKO die Stadtratsanträge einstimmig. Der Antrag Nr. 3, bei welchem es um die Gebühren geht, also vor allem um die Wassergebühren, die Abwassergebühren und die Abfallgebühren, wird mit grosser Mehrheit bei einer Enthaltung unterstützt. Zu den Einzelanträgen der Vorlage 2025-63b werde ich später im Detail noch Stellung nehmen. Wir haben vorgängig zu dieser Sitzung um 16:00 Uhr eine FIKO-Sitzung gemacht und ich werde zu jedem einzelnen Antrag die Stellungnahme der FIKO abgeben. Zum Schluss möchte ich mich im Namen der Finanzkommission bei allen Beteiligten für den offenen und konstruktiven Austausch im Rahmen der Beratung zum Budget 2026 bedanken.

3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler bedankt sich bei der Finanzkommission für die Zusammenarbeit und die gute Prüfung des Budgets. Ich möchte noch vorausschicken und mich herzlich bei der Verwaltung bedanken: Wir mussten das ganze Budget umstellen, was auch eine Umstellung der IT erforderte. Es kommt jetzt aus unserer Sicht lesbar daher. Diesbezüglich wurde ein riesiger Einsatz geleistet, dass man bereits auf dieses Jahr so budgetieren konnte. Per Januar 2026 wird alles dort drüber verbucht. Die Rechnung des letzten Jahres muss noch in der alten Form angesehen werden, da sie natürlich noch immer so geführt wurde. So viel zu dem, da wurde also ein riesiger Effort geleistet zur Erstellung dieses Systems. Das System hat uns geholfen, neue Ansätze zu entwickeln, auch bei der Budgetierung selbst. Wie man lesen konnte, ist einer dieser Ansätze das Zero-Based Budgeting. Man kann die Budgetpositionen jetzt im System viel genauer anschauen und passt nicht lediglich das Vorjahresbudget an. Dies hat natürlich auch bei der ganzen Aufwandssteigerung geholfen, dass man dort genauer hinschauen konnte. Wenn wir die Aufwandspositionen ansehen, ist zu erwähnen, dass es sich um eine Momentaufnahme handelt, wie wir es erwartet haben zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets. Allerdings ist es so, dass man gerade als Gemeinde immer bei den Letzten des Umzugs ist. Es heisst so schön: «Die Letzten beißen die Hunde», was ja bereits an der letzten Ratssitzung im Zusammenhang mit den beiden Gemeinde-Initiativen auch ein Thema war. Es hat auch gewisse Impacts, welche auf Bundesebene entschieden und schlussendlich auch Auswirkungen auf die Gemeinden haben könnten. Wird beispielsweise der Asylstatus auf 5 Jahre heruntergesetzt, könnte dies noch einschenken. Weiter konnten wir die Demografie nicht genau vorhersehen, was uns einholen wird. Das sind Kostensteigerungen, die gesellschaftsbedingt unweigerlich auf uns zukommen. Wenn wir hier die Vollkosten bezahlen müssen, müssen wir in Zukunft das Portemonnaie wahrscheinlich mehr öffnen. Nun zur Ertragsseite: Ich finde es toll und bin froh, müssen wir nicht wieder frustriert sind, was er ja auch schon ein paar Mal erleben musste. Allerdings sind hier die Zahlen für das Steuerertragswachstum

aus dem April 2025. Seither ist doch auch einiges geschehen, beispielsweise die ganzen Zollstreitigkeiten mit den USA. Wo wir da landen werden, werden wir erst in ca. 2 Jahren sehen, wenn die ganzen Veranlagungen von diesem Jahr zum grossen Teil gemacht sein werden. Beim Finanzausgleich handelt es sich um ein Buch mit sieben Siegeln. Ich habe sehr gestaunt, dass wir dieses Jahr CHF 4,5 Mio. erhalten haben. Jetzt haben wir den gleichen Betrag in der Höhe von CHF 2,6 Mio. budgetiert. Hier kommt es natürlich zu grossen Schwankungen. Ich freue mich, dass wir einen Infrastrukturbeitrag anzeigen und ich hoffe, dass die Quartierpläne Lüdin und die anderen Projekte kommen werden. Dies sollte Liestal nicht lediglich auf der Finanzseite voranbringen, sondern auch was die Lebensqualität anbelangt. In dem Sinn bedanke ich mich ganz herzlich für die insgesamt positive Aufnahme des Budgets und werde am Schluss noch Stellung nehmen. Einen Stellenplan werden wir euch im Rahmen der FIKO noch nachliefern.

4. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Roger Ballmer (FDP) möchte als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion dem Stadtrat und der Verwaltung für die sorgsam aufbereiteten und gut lesbaren Unterlagen zum Budget danken. Mit dem Umstieg auf die neue Buchhaltungssoftware hat das Budget nochmals an Übersichtlichkeit und Verständlichkeit gewonnen. Nun zum Budget: Das Budget weist einen Gewinn von CHF 3 Mio. aus. Dies nach schwierigen Finanzdebatten in den letzten Monaten und Jahren. Bei genauerem Studieren aber sieht man, dass die Budgetzahlen erhebliche Unsicherheiten beinhalten und dass der ausgewiesene Gewinn alles andere als sicher ist. Dies wurde teilweise bereits angesprochen. Es sind dies einerseits die Infrastrukturbeiträge in der Höhe von CHF 2,6 Mio. In diesem Zusammenhang ist der Quartierplan Lüdin genannt worden. Da wissen wir aus der Vergangenheit, dass das sehr unsichere Ertragspositionen sind. Dieser Ertrag fällt weg, wenn die Beschwerden weitergezogen werden und es zu Verzögerungen bei der Baubewilligung kommt. Der Gewinn in der Höhe von CHF 3 Mio. wäre dann bereits schon fast hinfällig. Eine weitere grosse Unsicherheit bildet auch die Ertragsposition beim Ressourcenausgleich. Stadtpräsident Daniel Spinnler hat es gerade vorhin angesprochen. Dort haben wir aktuell CHF 2,7 Mio. im Budget eingestellt. Das ist ein rekordhohes Niveau, nachdem wir letztes Jahr auch überraschend CHF 4,2 Mio. erhalten haben. Diese Position ist aber äusserst volatil und auch in der Vergangenheit schon volatil gewesen. Sie bleibt schwer abschätzbar, da es stark darauf ankommt, wie viel Gewinn die anderen 85 Gemeinden im Kanton erzielen. Es wäre deshalb nicht das erste Mal, wenn wir bei dieser Position wieder überrascht werden würden. Zusammen mit einer aus heutigen Sicht eher optimistischen Einschätzung, was das Wirtschaftswachstum anbelangt und damit auch die Steuerträge, die wir eingerechnet haben, weist das Budget auf der Ertragsseite eine Steigerung von über 5 % aus. Auf der Ausgaben-seite konnte dank konsequenter Priorisierung die Kostensteigerung eingeschränkt werden und man konnte die Steigerung auf 2,1 % beschränken. Leider genügt das alles zusammen immer noch nicht, um die geplanten vordringlichsten Investitionen, die wir vorhaben, im Umfang von 8,8 Mio. Franken aus den eigenen Taschen finanzieren zu können. Der Selbstfinanzierungsgrad ist immer noch nur 75 %. Das heisst, wir werden auch im besten Fall nächstes Jahr zusätzliches Geld aufnehmen und uns weiter verschulden müssen. Daher ist der FDP/Mitte-Fraktion klar, dass wir den unbequemen Weg weitergehen müssen und die laufende wie auch die neu lancierte Aufgabenüberprüfung konsequent durchsetzen müssen. Nur so werden wir mittelfristig wieder unsere finanzpolitischen Ziele erreichen können. In diesem Sinn wird unsere Fraktion dem Einzelantrag zur Sanierung des Stadtratsaals zustimmen. Ansonsten werden wir mehrheitlich den Stadtratsanträgen Folge leisten.

Domenic Schneider (GLP) dankt als GLP/EVP-Fraktionssprecher dem Stadtrat, aber vor allem der Stadtverwaltung und all den beteiligten Mitarbeitenden, denn sie haben wieder einmal ein sehr gutes, übersichtliches und transparentes Budget und Jahresprogramm erstellt. Wir haben es auch wirklich toll gefunden an den verschiedenen Sitzungen der FIKO, dass die jeweiligen Departemente Frage und Antwort gestanden sind und dass man nicht lediglich nur auf die mündlichen, sondern auch auf die schriftlichen Fragen sehr gute und verständliche Antworten

erhalten hat. Ich glaube, diese Art und Weise der Zusammenarbeit stärkt das Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung und des Stadtrates weiter. Das ist sicher der richtige Weg. Nun zum Budget selbst: Wie wir es bereits gehört haben, haben wir ein positives Ergebnis, das wunderbar und erfreulich ist. Wenn man aber die Sonderfaktoren wegnimmt, dann sprechen wir von einem Gewinn von lediglich CHF 0,4 Mio. Da „Millionen“ immer gut klingt, sage ich CHF 400'000, so klingt es nach etwas weniger. Das sind Transfererträge, der Ressourcenausgleich oder einmalige Infrastrukturbeiträge. Aber es sind alles nicht unbedingt nachhaltige Sachen. Darauf hat auch die Finanzkommission hingewiesen. Wir haben entsprechend weiterhin klar ein strukturelles Defizit. Das bedeutet, wir können das, was wir investieren müssen, nicht aus der eigenen Tasche zahlen. Dort heraus kommt auch diese Aufgabenüberprüfung 2. Nun zu diesen Investitionen in der Höhe von CHF 8,8 Mio., die nur zu 75 % aus eigener Kraft finanziert werden können und das Fremdkapital, das weiter auf knapp CHF 70 Mio. steigt. Ich bin nur ein gelehrter Mechaniker und vielleicht verstehe ich auch nicht jede Zahl, aber wenn ein System nur dann funktioniert, wenn laufend neues Geld hineingepumpt wird und die Verschuldung dadurch steigt, dann braucht es eben kein Studium, um zu verstehen, dass dies auf lange Zeit einfach nicht stabil ist. Deswegen unterstützen wir die Aufgabenüberprüfung 2, nicht aus Lust am Sparen, sondern weil man Verantwortung übernehmen muss. Wenn wir Verantwortung übernehmen wollen, dann müssen wir auch anschauen, wie der Personalbestand dahin gekommen ist. Ist es korrekt, dass dieser laufend steigt? Wir haben mehr Bevölkerung und das braucht mehr Arbeit. Aber müssen wir wirklich jede Arbeit leisten und müssen wir jedes Projekt finanzieren oder umsetzen? Oder müssen wir, auch wenn das schmerzhaft ist, im einen oder anderen Fall einfach einmal „nein“ sagen, da wir es uns nicht leisten können? Und wenn man auf der Ausgabenseite herumhackt, dann muss man auch bei den Einnahmen genau hinschauen. Denn wenn das Steuersubstrat sich reduziert, dann müssen wir schauen, dass wir sonst irgendwie an Einnahmen herankommen. Nein, wir wollen keine Steuererhöhungen, das ist klar. Aber Liestal muss die wirtschaftliche Basis stärken. Wenn bei nicht stadt eigenen Arealen etwas gemacht wird, dann müssen wir auch sicherstellen, dass dies zu einer lokalen Wertschöpfung beiträgt. Wenn also die kantonale Verwaltung ein neues Verwaltungsgebäude mit einer eigenen Kantine plant, sodass die Mitarbeitenden nicht mehr ins Städtchen in den angrenzenden Restaurants essen gehen, dann sagen wir ganz klar „Nein, das geht so nicht“, auch wenn das für die Mitarbeitenden vielleicht nicht so toll ist, wenn sie im Haus keine Kantinen haben. Aber es ist essenziell für Liestal. Zusammenfassend anerkennen wir die Qualität des Budgets und die grosse Arbeit. Es ist aber eine kurzfristige Stabilisierung und wir haben strukturelle Risiken. Wir unterstützen deswegen die Arbeit, die der Stadtrat in den Angriff genommen hat, wollen aber weiterhin beim Sparen und bei den Einnahmen wirklich darauf schauen, dass das in eine Balance kommt. Die GLP/EVP-Fraktion wird den Anträgen mit Ausnahme des einen oder anderen Budgetantrags, der noch dazu gekommen ist, geschlossen zustimmen.

Simon Wiesner (SVP) würdigt als SVP-Fraktionssprecher im Namen der SVP-Fraktion den grossen Aufwand, den der Stadtrat und vor allem auch die Stadtverwaltung in das Budget investiert haben. Durch das neue Buchhaltungstool ist das Budget viel übersichtlicher geworden. Wir erhoffen uns auch, dass durch die bessere Transparenz das Buchhaltungstool noch effizienter auch als Führungstool genutzt werden kann. Wie es schon viel angesprochen wurde, weist das aktuelle Budget zwar formell einen Gewinn von CHF 3 Mio. auf. Das kann aus unserer Sicht aber nur unter Vorbehalt gewürdigt werden, weil der ausgewiesene Gewinn primär auf Sonderfaktoren, wie Infrastrukturabgaben von CHF 2,6 Mio. und Transfererträgen, hauptsächlich durch Ressourcenausgleich, zurückzuführen ist. Das ist aus unserer Sicht keine nachhaltige Sanierung des Finanzhaushalts. Jedoch hoffen wir, dass wir zumindest die geplanten finanziellen Ziele erreichen und dieses Jahr nicht schlechter abschliessen können. Wir hoffen, dass man in den nächsten Jahren in die richtige Richtung einer nachhaltigen Sanierung steuern kann. Bezüglich der Anträge wird die SVP-Fraktion den Anträgen des Stadtrates folgen. Die zusätzlichen Anträge, die jetzt noch gekommen sind, werden wir alle ablehnen.

Jonas Bischofberger (SP) bedankt sich als Sprecher der SP-Fraktion im Namen der SP-Fraktion bei der Verwaltung und dem Stadtrat für das Budget. Es war ein sehr spannender Prozess, auch weil ich das erste Mal in der FIKO dabei gewesen bin. Wir finden, dass es eigentlich ein gutes Budget ist. Liestal hat nicht Geld im Überfluss und es wäre super, man könnte mehr der Investitionen aus der eigenen Tasche zahlen. Aber ich glaube, man sieht am Budget auch, dass Liestal nicht völlig am Abgrund steht. Wir stehen nicht schlecht da. Gerne möchte ich nochmals ein paar Kennzahlen aus dem Budget herauspicken, wie den Gewinn von CHF 3 Mio. oder den operativen Gewinn von TCHF 400, wenn man den Infrastrukturbeitrag nicht mitrechnet. Ich möchte aber auch den sehr guten Zinsbelastungsanteil von nur 0,3 % und die geringe Belastung durch den Kapitaldienstanteil von 4,5 % erwähnen. Es bestehen nun Unklarheiten bei den Einnahmen, was man dann wirklich bekommen wird. Wie gesagt wurde, handelt es sich um ein strukturelles Risiko. Es würde sich aber auch um ein Risiko handeln, wenn man einfach sagen würde, dass man keine Investitionen mehr plant. Liestal hat Investitionsbedarf, was er ja nicht speziell erwähnen muss. Ich denke beispielsweise an das Schulhaus Rotacker. Werden solche Projekte aus Spargedanken nicht angegangen, würden wir denjenigen, die nach uns kommen, keinen Gefallen machen. Auch wenn es wirtschaftlich nicht so gut läuft, ist es nicht zwingend die sinnvollste Handlung, nicht zu investieren, auch nicht als öffentliche Hand. Mit Investitionen in der Höhe von CHF 8,8 Mio. in diesem Budget hat man einen guten Weg gefunden, dass man Rücksicht nimmt auf die finanzielle Situation und das Budget nicht übermässig belastet, aber dass man trotzdem an den Investitionen dranbleibt, die wichtig sind. Was wir auch erwähnen möchten, ist, dass es schon bedenklich ist, dass es bei den Vermögenssteuern aufgrund von Steuergeschenken des Kantons einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen gibt. Ich möchte diesbezüglich gerne Stadtpräsident Daniel Spinnler zitieren: „Den Letzten beißen die Hunde“. Das gilt auch bei den Steuern, wo wir doch sehr vom Kanton abhängig sind. Was das Steuersubstrat angeht, haben wir jetzt auch gerade mit dem Bahnhof einen Faktor abschliessen können, der viele Leute anzieht. Ich weiss doch von ein, zwei Personen, die deswegen nun nach Liestal gezogen sind und die auch genug Steuern zahlen. Nun noch ein paar letzte Worte zum Teuerungsausgleich für das Personal. Es ist sehr richtig, dass wir dem Kanton folgen und unsere Mitarbeitenden gleichbehandeln. Wir möchte einfach noch anmerken, dass die Realloohnerhöhung von diesen 0,66 % nicht wirklich eine Lohnerhöhung ist, sondern eigentlich einfach ein Ausgleich dafür ist, dass es im vorletzten Jahr keinen Teuerungsausgleich gegeben hat. Es ist eigentlich einfach ein Teuerungsausgleich von 0,96 %, der halt aufgesplittet ist. Und es ist richtig, dass wir uns dort anschliessen. Wir möchten das einfach noch festgehalten haben.

Michael Durrer (GL) möchte sich als Sprecher der Grünen Fraktion herzlich bedanken bei der ganzen Verwaltung, beim Stadtrat und bei den Bereichsleitern für die Arbeit unter dem Jahr, aber auch für die Zusammenarbeit während der Beratung in der Finanzkommission. Das ist doch auch immer noch einmal ziemlich aufwendig und es kommen alle vorbei und nehmen sich sehr viel Zeit, um uns wirklich ausführlich Auskunft zu geben und unsere Fragen zu beantworten. Auch bei allen FIKO-Mitgliedern möchte ich mich bedanken. Es ist wieder einmal eine sehr gute Zusammenarbeit gewesen. Ich finde, das kann man auch jedes Jahr wieder betonen. Es ist nicht selbstverständlich, dass man so zusammenarbeitet. Wir haben es gehört. Wir haben eigentlich ein relativ erfreuliches Ergebnis und gleichzeitig haben wir eine weitere Zunahme der Verschuldung. Die finanzielle Situation in Liestal ist und bleibt entsprechend schwierig und angespannt. Wir müssen weiterhin sehr sparsam und umsichtig mit dem Geld umgehen. Das heisst beispielsweise auch, dass die Aufgabenüberprüfung weitergeführt werden und die Investitionen priorisiert werden müssen. In diesem Zusammenhang begrüssen wir auch sehr die Bemühungen des Stadtrates, die finanzielle Situation mit diesen 2 Gemeindeinitiativen. Da wir in den letzten Jahren gesehen haben, dass immer wieder etwas kommt, bin ich in Bezug auf eine Verbesserung nicht mehr so zuversichtlich. Wir sind aber stetig daran und das zeigt Wirkung. Ich möchte einfach zwei Punkte noch hervorheben. Das Erste, und das sagen wir bereits seit Längerem immer wieder: Wir möchten den Stadtrat wirklich dazu ermutigen und auch auffordern, weiterhin die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden zu forcieren und auszubauen. Ich glaube, der Druck steigt auf viele Gemeinden im Baselbiet und

solche Kooperationen sind ein sehr wichtiges und gutes Instrument, um eben auch bei den Kosten und bei den Ausgaben etwas zu senken. Der zweite Punkt: Wir haben in den Diskussionen in der Fraktion auch wieder einmal über das Konstrukt Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde gesprochen, mit welchem wir Mühe haben. Dies ist kein Angriff auf die Bürgergemeinde. Ich glaube, das Verhältnis zwischen der Einwohnergemeinde und der Bürgergemeinde hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert. Wir schätzen die Arbeit der Bürgergemeinde auch sehr. Es geht wirklich einfach darum, dass wir beispielsweise weiterhin Baurechtszinsen an die Bürgergemeinde zahlen. Vor allem geht es auch darum, dass die Bürgergemeinde verschiedene Einnahmequellen hat, bei welchen wir nicht verstehen, weshalb diese nur einer gewissen Gruppe zukommen. Das sollte aus unserer Sicht einfach allen Menschen, die hier leben und zu Hause sind, gleichermassen zugutekommen. Das haben wir auch schon bei anderen Punkten gesagt. Zum Einzelantrag seiner Fraktion wird er sich später noch äussern.

5. Einzelredner: Gesamtwürdigung

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

6. Anträge: Stellungnahmen und Abstimmungen

Ratspräsident Philipp Franke (GL) hält fest, dass er die zu beratenden und zu beschliessenden Anträge jeweils verlesen wird.

Gemäss FIKO-Bericht und ER-Vorlage Nr. 2025-62a unterstützt die Finanzkommission sämtliche Anträge des Stadtrates.

Der Zusatzantrag „Realloohnerhöhung“ wird er nach dem Antrag „Teuerungszulage“ behandeln, wie man dies bereits dem Büro-Protokoll vom 11.12.2025 entnehmen konnte.

1. Jahresprogramm 2026

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass zu den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Jahresprogramm 2026 wird als integrierter Bestandteil des Budget 2026 vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Einzelanträge gemäss ER-Vorlage Nr. 2025-63b

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass die 3 Einzelanträge gemäss Vorlage Nr. 2025-63b den Ratsmitgliedern mit E-Mail des Ratsschreibers vom 12. Dezember 2025 zur Kenntnis gebracht wurden.

Diese Anträge werden einzeln behandelt bzw. beraten und dann beschlossen.

Noch eine kleine Korrektur vorneweg: Alle 3 Anträge betreffen die Investitionsrechnung und nicht die Erfolgsrechnung.

2.1. Projektierungskredit «Grammet-Steg» von CHF 50'000.--

Anja Weyeneth (SP) hält als Antragstellerin fest, dass der ehemalige Grammet-Steg während Jahrzehnten als wichtige Fusswegverbindung im Grammetquartier gedient hat. Mit dem Abriss dieser Brücke ist diese Verbindung unterbrochen worden. Das stellt für die Bevölkerung eine Einschränkung ihrer Infrastruktur und ihrer Lebensqualität dar. Der Weg über den

Grammet-Steg ist nicht nur funktional, sondern hat auch eine hohe soziale und identitätsstiftende Wirkung. Man kann schon denken, dass es ja nur einen kleinen Teil der Bevölkerung trifft. Doch das ist ganz oft der Fall, wenn wir über Themen debattieren und entscheiden. Für uns im Einwohnerrat müssen alle gleich wichtig sein. Wenn Infrastruktur abgebaut wird, ist das ein schlechtes und unattraktives Signal, das leider nachhaltig wirkt. Die Betroffenen im Quartier fühlen sich eventuell vernachlässigt oder schon gar nicht mehr wahrgenommen. Auch die Priorisierung von Projekten wird natürlich immer unterschiedlich betrachtet, je nach Betroffenheit. Aber es darf auch nicht immer alles vom Geld abhängig sein. Einen Abbau der baulichen Infrastruktur, die der Bevölkerung dient, finden wir Unterzeichnenden nicht haltbar. Die ersatzlose Entfernung ist in der Bevölkerung und auch in der BPK mit Unverständnis aufgenommen worden. Zudem ist auch eine Petition zum Grammet-Steg entstanden. So ganz nebenbei: In Liestal gibt es aktuell gerade mehrere Petitionen und Initiativen in relativ kurzer Zeit, und das sollte uns hellhörig machen. Es ist schade, wenn die Opposition hauptsächlich von aussen kommt und nicht im Parlament vertreten ist. Aber zurück zum Steg: In der Erarbeitung der Zukunft vom Schöntal haben die Fachplaner der Durchwegung einen sehr hohen Stellenwert eingeräumt. Das zeigt uns also, dass auch kleine Wege für eine attraktive Gemeinde und Stadt wichtig sind. Es braucht keine Designerbrücke. Es könnte ja auch eine unkonventionelle Lösung sein. Man könnte eventuell ein innovatives Ausbildungsprojekt mit Auszubildenden im Schreinerbereich oder anderen lokalen Handwerksbetrieben machen. Man hätte so einen Vorteil: Jugendliche bekämen die Gelegenheit, an einem realen Bauwerk mit öffentlicher Bedeutung mitzuwirken. Das fördert die Identifikation und stellt durchaus auch einen sozialen Mehrwert dar. Die Wiedereinrichtung des Grammet-Stegs soll nicht nur eine Verbindung im physischen Sinne schaffen, sondern auch Menschen, Generationen und Institutionen verbinden. Deshalb ist es wichtig, die Projektierung für einen neuen Grammet-Steg zu machen. Der Betrag, den wir eingesetzt haben, ist abgekupfert vom Betrag, der schon einmal im Budget gewesen ist. Deshalb beantragen wir für das Budget 2026 einen Projektierungskredit von CHF 50'000 für den Bau eines neuen Grammet-Stegs. Die Bevölkerung ist auf eure Unterstützung angewiesen, darum bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Vreni Wunderlin (GLP) unterstützt als Mitunterzeichnerin des Antrages die Voten ihrer Vorrednerin Anja Weyeneth (SP). Ich möchte beliebt machen, dass der Antrag unterstützt wird. Ja, es ist nur ein Steg, aber gerade darum ist er wertvoll für einen Spaziergang rüber zum Wald. Er ist ein Stückchen Wanderweg ins Grüne weg von der Autobahn. Ich bin überzeugt, dass sich hier mit nicht allzu viel Geld etwas bewerkstelligen lässt. Es braucht keine Luxusbrücke, nur einen Steg. Eventuell könnte man das Militär dafür gewinnen. Die vielen gesammelten Unterschriften haben gezeigt, dass man die Querung geschätzt hat und auch weiter nutzen möchte. Lässt das wertvolle Brückchen nicht einfach verschwinden. Es ist keine grosse Sache, aber ein grosser Gewinn.

Daniel Schwörer (FDP) weist als Antragsteller darauf hin, dass die Unterzeichnenden des Antrages, Anja Weyeneth (SP), Vreni Wunderlin (GLP) und er, alle Mitglieder der Bürgerkommission der Bürgergemeinde Liestal sind. Weiter anwesend der Bürgergemeinde sind Dominic Schneider (GLP) und Lukas Heinzelmann (SVP), beides Bürgerräte. Die Bürgergemeinde hat in der Nähe des Grammet-Steg kürzlich eine Überbauung realisiert, die Grammet-Überbauung. Dadurch wurden ca. 99 Wohnungen errichtet, was zu einem Bevölkerungswachstum geführt hat. Der Grammet-Steg diene sicher dieser neuen Bevölkerung dort, um auf kurzem Weg in das Naherholungsgebiet zum Forellenweg entlang der Ergolz zu kommen. Wenn der Antrag abgelehnt werden würde und die Brücke jetzt einfach sang- und klanglos die Ergolz herabschwimmt, dann ist das schon ein ungünstiges Zeichen an das dortige Quartier. Wir in Liestal müssen einfach wissen, dass die Quartiere voneinander abhängig sind. Was für die einen gut ist, interessiert die anderen vielleicht nicht. Gleichwohl wäre aber die Solidarität unter allen Bewohnenden und insbesondere in der Vertretung aller Bewohnenden, also dem Einwohnerrat, wichtig, damit alle Quartiere auch zu ihrem Vorteil kommen oder dass ihnen der Vorteil nicht weggenommen wird. Denn was ist jetzt passiert? Es handelt sich um einen Infrastrukturabbau. Ein Infrastrukturabbau zulasten der Bevölkerung oder zulasten eines Quartiers ist ein ganz schlechtes Zeichen. Ich weiss nicht, ob das schon das Zeichen für einen

stetigen Niedergang ist. Aber ein Infrastrukturabbau ist eine ungute Sache. Es haben sich dort 560 Leute engagiert und die Petition unterschrieben für den Erhalt dieses Grammet-Stegs. Im Antrag sind CHF 50'000 beantragt, dass man ein Projekt machen kann, wie man so einen Steg wiederherstellen könnte. Bei den CHF 50'000 gehe ich davon aus, dass sie bereits zu einem grossen Teil schon realisiert sind. Es braucht also für das Vorstellen und die Realisierung des Projekts wohl kaum CHF 50'000. Und selbst wenn es diese CHF 50'000 brauchen würde: Wir haben nachher noch einen Antrag über die Streichung der CHF 200'000 für die Renovation des Stadtratssaals. Es wäre schon etwas fraglich, würde man die CHF 200'000 im Budget für die Renovation des Stadtratssaals belassen, was lediglich ein nice-to-have ist, andererseits der Bevölkerung aber nicht einmal die Möglichkeit geben, sich über das Projekt für einen neuen Grammet-Steg zu äussern. Ich bitte also im Namen der Bewohner des Grammertquartiers wie auch von allen Liestalern, die dort Erholung suchen, diesem Antrag zuzustimmen.

Peter Küng (SP) nimmt als FIKO-Präsident zum Antrag Stellung. Wie bereits erwähnt wurde, haben wir vorgängig eine Sitzung gemacht und über die Anträge diskutiert sowie abgestimmt. Beim Grammet-Steg empfiehlt die Finanzkommission mit 7 Nein- zu 1 Ja-Stimmen die Ablehnung. Die Hauptgründe sind die finanzielle Lage und der zukünftige Quartierplan Cheddite.

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass es immer schade ist, wenn Infrastruktur abgebaut werden muss. Es ist auf den Stadtratssaal Bezug genommen worden, welchen sich einige FIKO-Mitglieder auch noch ansehen durften. Es lässt sich bei beiden Projekten feststellen: Wir haben einfach zu wenig Geld. Wir haben vorhin vom Gesamtbudget gesprochen, von unserer Selbstfinanzierung und der Verschuldung. Es ist unsere Aufgabe als Stadtrat aber auch als Einwohnerrat konsequent zu sein und der Bevölkerung zu erklären, warum man nicht alles machen kann. Diese Brücke war in einem absolut schlechten Zustand. Hätten wir weiterhin Leute darüber gelassen und wäre etwas geschehen, wie beispielsweise in Genua, dann wären wir 5 Stadratsmitglieder nicht mehr da, sondern hinter schwedischen Gardinen. Wir haben die Brücke entsprechend sofort gesperrt. Sie war relativ lange geschlossen und es haben sich nur wenige beschwert, dass dies so ist. Bevor wir die Brücke weggenommen haben, hat sich der Quartierverein Ost bei uns gemeldet. Wir haben sie selbstverständlich angehört. Sie haben gesagt, dass sie im Rahmen des Jubiläums gerne einen Teil oder die ganze Brücke übernehmen möchten. Leider ist dieser Betrag, den sie in Aussicht gestellt haben, deutlich zu tief gewesen. Die Kosten für die Brücke sind immer wieder hinterfragt worden. Wir und unsere Leute vom Tiefbau haben den Quartierverein Ost unterstützt und Offerten eingeholt. Es hat sich aber gezeigt, dass alleine der Brückenkörper in der Herstellung rund CHF 100'000 gekostet hätte. In diesem Betrag ist aber noch keine Arbeit, keine Sanierung des restlichen Brückenwerks, der Traginfrastruktur usw. dabei gewesen. Solche Projekte sind heutzutage sehr komplex. Es kann nicht schnell eine Brücke durch Pontoniere etc. erstellt werden, sondern heute müssen wir zahlreiche Auflagen erfüllen und das Amt für Gewässerschutz nimmt das am Schluss ab. Auch Hochwasser etc. muss berücksichtigt werden. Wir haben dann mit unseren eigenen Leuten weiterarbeiten können, haben die Kostenschätzung gemacht, haben verschiedene Varianten geprüft mit Brückenkörpern aus Holz & Metall, nur Holz, Stahl etc. Und wir haben sogar noch einen Treppenaufgang auf die grosse Brücke, die ja gerade oben durchgeht, geprüft. Allein diese hätte CHF 275'000 gekostet, wäre aber überhaupt nicht sinnvoll gewesen. Es wäre weder für Personen mit Rollstühlen, mit Kinderwagen oder alte Leute eine tolle Sache und ein Zusatzgewinn gewesen. Daraufhin haben wir uns leider entscheiden müssen, dass wir das nicht machen können, weil die Sanierung und ein Ersatz CHF 560'000 gekostet hätte. Man kann immer sagen, dass dies zu viel ist und jemand eine billigere Variante oder eine Finanzierung findet. Wenn die Bürgergemeinde sagt, dass sie die halbe Million bezahlt, ist der Stadtrat natürlich der letzte, der sich dagegen wehrt. Aber wir sehen uns das Budget im Gesamtrahmen an. Nun noch etwas zur Aussage „Naherholungsgebiet weg von der Autobahn“. Also die Autobahn geht genau obendrüber. Und wo gelange ich überhaupt hin? Um ein Quartier zu erschliessen, muss man nicht über diese Brücke gehen. Mit dieser kommt man nicht über die Ergolz und ins Städtchen oder in andere Quartiere. Dazu gibt es andere Brücken. Zu Fuss ist man in 14 Minuten bei der nächsten Brücke und kann über das Schmugglerwegli weiter dem

Bach entlang und hinten oben drüber. Aus all diesen Gründen mussten wir in der Priorisierung dort ansetzen und sagen, dass wir es jetzt nicht machen. Es heisst aber nicht, dass wir es auch in Zukunft nicht machen werden, analog des Quartierplans am Orisbach, bei welchem die Brücke übrigens auch rund eine halbe Million gekostet hat. Wir werden sehen, dass wir im Rahmen des Quartierplans Cheddite einen Übergang schaffen können. Ich bitte euch entsprechend uns zu folgen, denn die CHF 50'000 für Projektierungskosten hätten gegebenenfalls weitere CHF 500'000 zur Folge. Und einfach Geld für einen Ingenieur sprechen, wenn die ganze Arbeit bereits geleistet wurde, macht auch wenig Sinn. Wenn sich jemand findet, der das Projekt selbstständig vorantreiben und Offerten einholen möchte, unterstützen wir ihn aber selbstverständlich gerne mit unserem Sach- und Fachwissen.

Simon Fluri (FDP) führt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion aus, dass die vorgängigen Voten für die FDP/Mitte-Fraktion nachvollziehbar sind. Die Brücke, welche abgebaut werden musste, ist sehr toll und es wäre wertvoll, wenn man sie weiterhin erhalten könnte. Ich persönlich habe die Brücke viel genutzt, bin darüber gejoggt und habe das Gebiet entlang der Ergolz sehr geschätzt. Es ist aber leider so, dass Sparen schmerzt. Hier sind wir jetzt in einer Situation, bei welcher es nicht um die Integration eines Quartiers gehen soll. Es geht vielmehr um die Priorisierung der notwendigen Investitionen, die zu machen sind. Da haben wir der FDP/Mitte-Fraktion das Vertrauen in den Stadtrat, dass diese Investitionen korrekt priorisiert wurden. Es ist klar, der Antrag lautet auf CHF 50'000 Projektierungskredit und nicht CHF 550'000. Es ist aber wahrscheinlich so, dass wenn beim Projektierungskredit nichts rauskommen wird, die CHF 50'000 verloren sind. Wenn etwas dabei rauskommt, es im Einwohnerrat aber abgelehnt wird, ist das Geld auch verloren. Und wenn es eine gute Lösung gäbe, welche vom Einwohnerrat genehmigt werden würde, wären CHF 550'000 eine hohe Investition, die getätigt werden müsste. Was leidet darunter, wenn das so wäre? Irgendwelche andere notwendige Investitionen wie beispielsweise im Rotacker-Schulhaus, in anderen Schulanlagen oder sonstigen Infrastrukturen. Diese müssten dann weiter zurückgestellt werden. Noch ein Gedanke zur Selbstfinanzierung: Es wurde in den Voten vorher zum Budget mehrfach genannt, dass wir unsere Investitionen nicht aus eigenen Mitteln zahlen können. Das würde also bedeuten, dass man auch diese Investition, wenn es dann aus dem Projektierungskredit eine Investition geben würde, fremdfinanzieren müsste. Das ist sicher etwas, bei dem man sich die Frage stellen muss, ob dieses Projekt jetzt und heute notwendig ist. Dies vor allem auch im Hinblick auf den Quartierplan Cheddite. Es wäre sicher von grossem Vorteil, wenn man das Projekt mit diesem Quartierplan umsetzen und die finanzielle Last verteilen könnte. Daher wird die FDP/Mitte-Fraktion grossmehrheitlich gegen diesen Zusatzantrag stimmen.

Anja Weyeneth (SP) meint als SP-Fraktionssprecherin, dass es schade ist, dass so lange zugewartet wird, bis eine Brücke sofort geschlossen werden muss. Es sollte nicht das Ziel sein, dass man die Infrastruktur so marode werden lässt. Ja, die Auflagen sind sehr hoch und es gibt immer andere Wege, die man nehmen kann. Der Weg des Abbaus von Infrastruktur scheint uns aber ein sehr schlechter Weg zu sein. Wenn man die CHF 50'000 nicht für das braucht, dann ist es auch in Ordnung, wenn man das anders bereits lösen könnte. Es ist ein Quartier am Rande von Liestal und wenn wir diesen Antrag ablehnen, könnte man auch das Signal senden, dass der Einwohnerrat vor allem das Zentrum von Liestal im Fokus hat und die Quartiere am Rande unwichtiger sind. Weiter stellt sich die Frage, was sein wird, wenn weitere Infrastrukturen marode werden? Ist dann der nächste Abbau dran? Die Frage ist auch noch, wann der Quartierplan Cheddite kommen wird? Das wissen wir nicht und es kann noch Jahre dauern. Die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich für den Antrag.

Michael Durrer (GL) hält namens der Grünen Fraktion fest, dass er nicht wahnsinnig viel Neues beizutragen hat. Ich möchte aber als doch schon langjähriges Mitglied der Finanzkommission schnell anknüpfen am vorherigen Votum. Es ist tatsächlich so, dass wir einfach jedes Jahr schweren Herzens auf Sachen verzichten hier in Liestal und ich glaube, es geht nicht um ein Verfallen-Lassen von Infrastruktur. Wir haben es heute schon gehört: Wir haben ganz viele Orte, welche wir gerne sanieren würden, in welche wir gerne investieren würden und wo es teilweise auch durchaus nötig ist zu investieren. Da schauen wir wirklich von Jahr zu Jahr, was

liegt drin und was nicht. Also ich finde das noch wichtig zu betonen, dass es hier nicht darum geht, dass man jetzt Sachen verfallen lässt. Sondern wir schauen eben wirklich, wo es am Dringendsten ist. Entsprechend ist es uns in der Fraktion gleichgegangen, wie anderen Fraktionen auch. Es ist durchaus so, dass wir Sympathien haben für das Anliegen und dass wir auch Verständnis haben. Trotzdem sind auch für uns die Argumente, die wir von Stadtpräsident Daniel Spinnler gehört haben, nachvollziehbar. Insbesondere macht es auch Sinn, dass wir das Thema im Zusammenhang mit der künftigen Quartierplanung anschauen. Ich möchte auch nochmals festhalten, dass die Sachen jedes Jahr angesehen und priorisiert werden. Es bedeutet nicht, dass wir diese Brücke nicht mehr wollen. Aber wenn wir eine Gesamtbetrachtung darauf haben, welche Investitionen wir nächstes Jahr tätigen können, ist es für uns in der Fraktion auch so, dass wir uns entschieden haben, den Antrag nicht unterstützen zu können.

Domenic Schneider (GLP) orientiert als GLP/EVP-Fraktionssprecher, dass es jedes Jahr wieder soweit ist und man Geburtstag hat. Ich werde Ende Dezember 58 Jahre alt und habe die Brücke 1x in meinem Leben benützt. Dies ist kein Grund für oder gegen die Brücke. Es zeigt viel mehr, dass ich überhaupt nichts dazu sagen kann, da ich das Quartier wenig kenne und selten dort bin. Dennoch habe ich als Fraktionssprecher diese Rolle gefasst. Ich glaube, wir haben es ein paar Mal gehört: Was wollen wir eigentlich alles? Warum investieren wir nicht CHF 500'000 in das Schulhaus Rotacker, welches dringend saniert werden müsste? Warum machen wir nicht noch all die anderen Investitionen, welche wir gerne machen würden, sondern müssen in der BPK oder der FIKO immer wieder nein sagen? Es handelt sich nicht um eine tolle Situation, dass die Brücke gemäss Fachspezialisten nicht mehr sicher war. Das hat nicht der Stadtpräsident oder der Stadtrat an einem Sonntagmorgen entschieden. Sondern es sind Spezialisten gekommen, die festgestellt haben, dass sie nicht mehr sicher ist. Dann ist es die Aufgabe des Stadtrates, entsprechende Massnahmen umzusetzen. Das ist ihre Verantwortung und diese haben sie wahrzunehmen, ob die Massnahmen toll sind oder nicht. Dem müssen wir uns hier auch bewusst sein. Es ist nicht immer ein toller Job. Wollen wir jetzt CHF 50'000 projektieren im Wissen, dass wenn das Geld ausgegeben wurde, weitere CHF 500'000 an Kosten auf uns zukommen werden? Als Mitglied der FIKO oder als Fraktion, welche sich den Umsatz ansieht, müssen wir leider grossmehrheitlich nein sagen. Es ist schade, aber wir können uns nicht alles leisten.

Peter Küng (SP) hält als Einzelsprecher fest, dass er den Antrag unterstützt, da für ihn die Brücke sehr wichtig ist. Ich gehe sehr gerne und viel dort spazieren. Ich möchte gerne etwas mitgeben: In nächster Nähe dieser Brücke ist das kantonale Ausbildungszentrum der Zimmerleute und Schreiner. Nebenan hat es das Ausbildungszentrum für Sanitärinnen und Sanitäre und etwas weiter noch das Ausbildungszentrum für Köche und Restaurationsfachfrauen sowie -fachmänner. Man könnte es ins Auge fassen, ein tolles Projekt für Lernende zu machen mit Liestaler Holz, welches die Bürgergemeinde möglicherweise spenden könnte. Ein solches Ausbildungszentrum würde bestimmt gerne anstelle ihrer Ausstellungsprojekte eine solche Brücke machen. Ich würde das gerne mitgeben. Vielleicht wäre dies eine günstige und tolle Idee. Es wäre zudem etwas ganz Spezielles, das möglicherweise über die Grenzen der Gemeinde in den Kanton getragen werden würde.

Stefan Fraefel (Mitte) erklärt, dass er mehrfach gehört habe, man sei unsolidarisch zum Quartier Grammet, wenn man nicht für den Antrag stimme. Ich bin der Meinung, das bin ich überhaupt nicht. Ich versuche als Einwohnerrat die Interessen aller Liestaler zu vertreten. Ich behaupte einmal, dass das Interesse vieler Liestaler dasjenige ist, dass das Geld für die wichtigsten Aufgaben vorhanden ist, dass die Finanzen nicht aus dem Lot geraten und dass der Steuerfuss angemessen ist. Das sind wichtige Aufgaben. Wir müssen sparen und dies schmerzt. Es gibt Familienväter oder natürlich auch -mütter, die entscheiden müssen, ob sie ihr Auto tanken oder Lebensmittel einkaufen gehen. Das ist hart. Liestal ist vielleicht noch nicht ganz so weit, aber wenn wir unsere Ausgaben nicht in den Griff bekommen, dann fehlt uns das Geld, das wir an anderen Orten ausgegeben haben. Der Aspekt, dass der Grammet-Steg vor allem für die Freizeitnutzung ist, ist natürlich auch zu berücksichtigen. Aber er ist nicht zwingend, denn mit einem Umweg können alle Gebiete auch wieder erreicht werden. Das ist

für mich dann einfach auch ein sehr wichtiger Punkt. Ich habe mir auch überlegt, was man da machen könnte und ob es vielleicht günstigere Lösungen gibt. Das ist aber zweifelhaft. Ich habe mir auch überlegt, dass man die Brücke der Schweizerischen Zentralbahn über die Frenke versetzen könnte. Aber die ist zu gross und zu schwer und dann kostet es auch wieder viel Geld. Vielleicht finden sich ja ein Privater oder die Bürgergemeinde, welche dort eine Zip-Line montiert und eine Kasse. Ich weiss es nicht. Aber wenn man wirklich tolle Ideen hat und das Bedürfnis besteht, dann kann man ja wiederkommen. Aber jetzt einfach de facto CHF 550'000 ausgeben, findet er ist keinen guten Umgang mit den knappen Steuergeldern.

Domenic Schneider (GLP) entschuldigt sich, dass er nochmals das Wort ergreift. Die Bürgergemeinde ist mehrfach angesprochen worden. Auch wenn ich dies ganz wenig mache, möchte ich nun den Hut des Bügerrates anziehen. Ich nehme eure Inputs gerne entgegen und diskutiere sie im Bürgerrat. Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, an einer Bürgergemeindeversammlung ihre Bedürfnisse einzubringen. Es ist genau gleich ein Gemeinwesen wie der Einwohnerrat, funktioniert lediglich ein bisschen anders. Wir nehmen das auf, aber ich werde sicher nicht hier drin Stellung nehmen dürfen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb er nun über diesen abstimmen lässt.

://: Der Antrag für die Bewilligung eines Projektierungskredites für den Bau eines neuen «Grammet-Stegs» im Betrag von CHF 50'000.-- wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

2.2. Projektierungskredit «Bushaltestelle Munzach» von CHF 35'000.--

Anja Weyeneth (SP) geht als Antragstellerin davon aus, dass alle die Bushaltestelle Munzach kennen. Dort sind zahlreiche Fahrgäste, wie diejenigen der Psychiatrieklinik, diejenigen der ESB, Personen aus dem Quartier, sowie Seniorinnen und Senioren oder Eltern mit Kinderwagen. Der aktuelle Zustand dieser Haltestelle entspricht nicht den Anforderungen der Barrierefreiheit, wie sie im Behindertengleichstellungsgesetz lauten und welche auch in den Richtlinien des Bundesamts für Verkehr vorgesehen sind. Für die Anpassung aller Bauten, Anlagen und Fahrzeuge ist im Gesetz eine Frist bis Ende 2023 vorgesehen. Wir wissen alle, wir haben jetzt Ende 2025. Das Ziel muss darum sein, dass die Bushaltestelle behindertengerecht wird, damit die Fahrgäste den öffentlichen Verkehr in Zukunft gleichberechtigt und selbstständig nutzen können. Mit dem Umbau erfüllt die Stadt Liestal nicht nur die gesetzlichen Anforderungen gemäss Gesetz, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zur sozialen Inklusion und Gleichstellung aller Verkehrsteilnehmenden. Bei der Finanzierung kann es auch sein, dass es nicht nur um das Investitionsbudget der Stadt Liestal geht. Vielleicht gibt es auch Beiträge des Kantons Basel-Landschaft sowie möglicherweise des Bundes gemäss Behindertengleichstellungsgesetz. Das soll bitte geprüft werden. Deshalb mache ich beliebt, dass der Einwohnerrat dem zustimmt, damit wir das Gesetz baldmöglichst einhalten und erfüllen können. Ich beantrage für das Budget 2026 einen Projektierungskredit von CHF 35'000 für den Umbau zu einer behindertengerechten Bushaltestelle Munzach.

Peter Küng (SP) nimmt als FIKO-Präsident zum Antrag Stellung. Die Finanzkommission empfiehlt die Annahme mit 4 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung und dem Stichentscheid von mir. Die Hauptgründe haben wir eigentlich schon gehört. Die Gegengründe sind die Verhältnismässigkeit und die Prioritätensetzung in der Finanzierung.

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat sein Investitionsprogramm und die Priorisierung vorgenommen hat. Zum Behindertengleichstellungsgesetz möchte ich erwähnen, dass es den Verhältnismässigkeit-Artikel gibt, welcher auch noch zu berücksichtigen ist. Man muss nicht einfach zwingend alles nach den Normen umsetzen. Bei dieser Haltestelle ist der Stadtrat der Meinung, dass dies nicht nötig ist. Neben der Haltestelle gibt es noch drei

weitere Haltestellen, welche in Frage kommen würden: Die Haltestelle Gitterli, die Haltestelle Törli sowie diejenige bei der Industriestrasse, welche wir auch bereits besprochen haben. Es gibt noch weitere Faktoren, welche im Rahmen der Verhältnismässigkeitsprüfung berücksichtigt werden müssen, wie die Frequentierung etc. Der zweite Aspekt, der aus meiner Sicht beachtet werden muss, ist der Folgende: Die Buskante, die jetzt angehoben werden soll, ist auch eine Behinderung für Leute mit Rollstühlen, für ältere Leute oder für Leute, die mit Kinderwagen unterwegs sind. Ich finde, dass diesbezüglich auch die Busunternehmen mehr in die Verantwortung genommen werden müssten. Es benötigt vielleicht Alternativen zu dieser Klappe, welche die Buschauffeure immer herausnehmen müssen. Ich war in New Orleans. Dort wurde ein altes Tram dahingehend umgebaut, sodass per Knopfdruck ein Lift nach unten gefahren wird und man ohne Probleme einsteigen kann. Das wäre aus meiner Sicht eine bessere Lösung, anstatt grosse Betonbausteine einzubauen, welche zum Schluss noch Stolpersteine sind. Um zum Antrag zurück zu kommen: Es ist nicht so, dass wir einfach Gesetze verletzen wollen, sondern es gibt keine zwingende Auflage, sondern man muss das immer im Gesamten betrachten.

Michael Durrer (GL) erklärt namens der Grünen Fraktion, dass der Antrag, welcher seitens der Grünen Fraktion noch kommt, in einem gewissen Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag beziehungsweise der dazu geführten Diskussion steht. Es ist aber nicht so, dass es eine Verknüpfung zwischen diesen beiden Anträgen gibt. Wir haben gehört, dass die Haltestellen in der ganzen Schweiz schon länger barrierefrei sein müssten. Ich finde es wichtig zu betonen, dass die Barrierefreiheit nicht lediglich Menschen in Rollstühlen betrifft, sondern eine grössere Gruppe von Menschen. Dies haben wir kürzlich auch in der Diskussion um den Bahnhof besprochen. Beim Bahnhof ist die SBB im Lead. Es ist auch nicht so, dass die Haltestellen lediglich in Liestal ein Thema sind, sondern es betrifft einen grossen Teil der ganzen Schweiz. In besser frequentierten Orten ist teilweise bis heute auch noch nichts gemacht worden. In Zeiten von beschränkten Finanzen ist es so, dass dieser Bereich an vielen Orten zurückgestellt wird, wenn es um die Priorisierung geht. Für die Betroffenen ist dies jedes Mal wieder ein Zeichen, dass sie eben nicht so wichtig sind wie andere Sachen. Und es stimmt, dass es noch andere Haltestellen gibt in Liestal, welche noch nicht konform sind. Auch dort müssen wir in den nächsten Jahren schauen, dass sich dies ändert. Aus unserer Sicht sind bei der Haltestelle Munzach aufgrund der Lage und den nahegelegenen Institutionen die Voraussetzungen dafür gegeben, sodass dies prioritär behandelt werden sollte. Entsprechend werden wir dem Antrag zustimmen.

Domenic Schneider (GLP) führt als GLP/EVP-Fraktionssprecher aus, dass seine Fraktion sehr ausgeglichen ist. Dies wird sich auch bei der Abstimmung zeigen: Die einen sind dafür, die anderen dagegen. Was wir bei den Diskussionen festgestellt haben, ist, dass es nicht die erste Bushaltestelle ist, welche umgerüstet werden müsste. Dennoch muss man CHF 35'000 für ein Projekt ausgeben. Ich denke, dass doch einfach ein Bagger bestellt werden könnte und wir entsprechend Baukosten hätten, aber doch nicht Projektkosten. Das war eines der Themen. Auf der anderen Seite haben wir auch festgestellt, dass bereits vor 1 - 2 Jahren Stadtrat Daniel Muri ausgeführt hat, dass die ganze Verkehrssituation in diesem Quartier mit Zubringerdienst, Einbahn, Tempo 30, Zebrastreifen etc. angeschaut werde. Ich hoffe darauf, dass die Nachfolge das mitnimmt. In diesem Moment kämpfe ich für das Quartier. Nun aber Spass bei Seite. Ich glaube, es ist jetzt möglicherweise nicht der richtige Zeitpunkt, auch wenn es schwierig ist. Wie gesagt, wir sind gemischter Meinung. Ich bin gespannt auf die Gesamt-Abstimmung.

Roger Ballmer (FDP) sagt als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass sich seine Fraktion nach intensiver Diskussion gegen den Antrag stellt. Uns hat es vor allem überzeugt, was der Stadtrat ausgeführt hat bezüglich Verhältnismässigkeit und bezüglich Priorisierung. Erstens geht es ja um einen Projektkredit von CHF 35'000. Das heisst, das Bauen selbst ist dann auch wieder eine grössere Investition, die dann nachrangig folgen wird. In dieser Diskussion, welche wir schon die ganze Zeit eigentlich führen, sehen wir es als verantwortbar, dass man das Projekt noch einmal zurückstellt und eigentlich auf ein nächstes Jahr vertröstet.

Anja Weyeneth (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecherin, dass sie noch einmal auf die Verhältnismässigkeit kommen möchte. Ich bedanke mich bei der Grünen Fraktion, welche dies auch bereits erwähnt hat. Neben dem Bahnhof und dem Schildareal ist dieser Ort wirklich verhältnismässig, um umgebaut zu werden. Ich habe eine Arbeitskollegin, welche wöchentlich mit Menschen mit Unterstützungsbedarf ins Städtchen geht und geschildert hat, dass es jedes Mal ein Krampf ist, in diesen Bus hineinzukommen. Ich glaube, wenn es einen Ort gibt, der verhältnismässig ist, dann ist es dieser Ort. Wenn wir dem Antrag zustimmen, was die SP-Fraktion grossmehrheitlich macht, setzen wir ein Zeichen, dass wir uns auch für die Schwächeren in der Gesellschaft einsetzen.

Simon Wiesner (SVP) orientiert namens seiner Fraktion, dass die SVP-Fraktion hinter dem Stadtrat steht und man es nicht angebracht findet, so etwas in einer Budgetdiskussion zu fordern. Spezifisch von diesen 4 Bushaltestellen haben wir nicht herausgehört, weswegen jetzt genau die Haltestelle Munzach und nicht beispielsweise die Haltestelle Gitterli angepasst werden sollte. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler möchte nochmals etwas sagen betreffend die Barrierefreiheit. Die Leute haben sich gestört, weil die Rampen aufgrund der Steigung so lange sind. Wenn wir die Bushaltestelle so ändern, kann vielleicht barrierefrei eingestiegen werden, aber alle müssen rundherum laufen und haben wieder weitere Wege und dadurch schaffen wir ebenfalls wieder eine Barriere.

Jonas Bischofberger (SP) möchte dem Stadtrat als Einzelsprecher noch eine Nachfrage stellen. Im Einwohnerrat wurde jetzt primär diskutiert, dass die Sache möglicherweise auf ein nächstes Jahr verschoben werden muss. Das Votum des Stadtrates zu Beginn habe ich so verstanden, dass er eigentlich eher der Meinung ist, dass es verhältnismässig ist und gar keine Anpassungen vornehmen möchte. Vielleicht habe ich das falsch verstanden, dann bitte ich um Aufklärung. Aber zuerst noch zum anderen Thema: Es wurde gesagt, dass mit diesem Umbau Stolperfallen geschaffen werden. Mir ist bewusst, dass es nicht immer ganz einfach ist, verschiedene Bedürfnisse zu berücksichtigen. Dass das Trottoir höher angesetzt wird, dient ja zum einfacheren Ein- und Aussteigen in den Bus. Dort sind wohl auch lange Diskussionen vorangegangen, bevor dies auf nationaler Ebene entschieden wurde, dass man dies möchte. Wenn solche Vorlagen gemacht werden, fliesst vieles mit ein. Es werden beispielsweise auch die betroffenen Organisationen miteinbezogen. Ich finde es dann schon ein bisschen speziell, wenn wir jetzt als Liestal der Meinung sind, dass wir es besser verstanden haben und man damit nur neue Hindernisse schafft, wenn man auf diese Vorgaben hört. Das finde ich kein gutes Argument. Nun noch kurz zur Steigung am Bahnhof. Dort hat es im Rahmen der Tiergartenstrasse geheissen, dass die Steigung von 12 % ein Ausnahmefall, aber zulässig ist, sofern die Rampe überdacht ist. Diesbezüglich ist der Bahnhof konform, aber lediglich knapp. Wenn etwas nur knapp eingehalten wird und es Leute gibt, welche sich daran stören, ist es aus meiner Sicht auch nicht wirklich ein Argument, die Bushaltestelle nicht umzubauen.

Florian Abt (SP) kann sein Votum, welches er in Bezug auf die Bushaltestelle bei der Industriestrasse geäussert hat, lediglich wiederholen. Es geht nicht nur um die Zahl, sondern es geht um eine Grundsatzfrage. Wollen wir als Stadt sagen, dass die Teilhabe nur für viele gilt, oder soll sie für alle gelten? Ich bin der Meinung, dass wir als Liestal eine klare Botschaft senden müssten, nämlich dass alle Menschen das Recht haben, gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilzunehmen. Wenn es nach mir ginge, müsste dies an sämtlichen Bushaltestellen umgesetzt werden, welche wir auf dem Gemeindegebiet haben. Eine Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Die Barrierefreiheit darf heutzutage kein Luxusprojekt sein, sondern ein Menschenrecht. Wenn wir in Liestal mit dem wenigen Geld, das uns zur Verfügung steht, in Infrastruktur investieren, bin ich der Meinung, dass wir in die Projekte investieren müssten, welche die Selbstständigkeit und Teilhabe aller ermöglichen. Deshalb möchte ich an alle appellieren, dass diese Investition nicht als weiterer Kostenpunkt gesehen wird, sondern auch als Bekenntnis für eine Stadt Liestal, die niemanden

zurücklässt, als Bekenntnis für die Gleichstellung, für eine soziale Verantwortung und für eine Teilhabe aller.

Werner Fischer (FDP) führt aus, dass es nicht lediglich die Verhältnismässigkeit der Anzahl Personen gibt, die etwas benützen. Es gibt auch die Verhältnismässigkeit, wie man so etwas umsetzen möchte. Wir bauen doch nicht eine Bushaltestelle, die rund CHF 100'000 kostet und passen das ganze Trottoir und die ganze Strasse an die Bushaltestelle an. Losgelöst von jeglichen Bauprojekten in der Nähe soll die Bushaltestelle verändert werden. In der Industrie-strasse hatten wir genau dasselbe. Dort passen wir auch keine Bushaltestelle an, wenn wir einen Leitungsersatz machen. Deshalb bitte ich euch doch vernünftig zu sein. So etwas kann zusammen mit einem Strassenbauprojekt gemacht werden, aber doch nicht einfach losgelöst davon eine Bushaltestelle anpassen, damit diese behindertengerecht ist.

Daniel Jurt (SVP) glaubt, dass der Einwohnerrat das Zauberwort jetzt schon einige Male gehört hat: Priorisierung, insbesondere im Bereich der Finanzen. Das heisst nicht, dass man die Behinderten explizit ausschliesst. Das zweite Zauberwort ist meiner Meinung nach die Transparenz. Dort ist wichtig, dass wir darlegen können, weswegen etwas nicht gemacht werden kann. Ich denke, dass der Stadtrat dies klar dargelegt hat. Wie Werner Fischer (FDP) dies gerade gesagt hat, muss man den Umbau im Rahmen eines Gesamtkonzepts machen. Möglicherweise müssten auch die Hersteller von öffentlichen Verkehrsmitteln diesem Aspekt mehr Rechnung tragen, sodass die öffentlichen Verkehrsmittel barrierefrei sind. Dies ist natürlich ausserhalb unseres Einflussbereichs, aber dies müsste das Ziel sein.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb er nun über diesen abstimmen lässt.

://: Der Antrag für die Bewilligung eines Projektierungskredites für den Umbau einer behindertengerechten «Bushaltestelle Munzach» im Betrag von CHF 35'000.-- wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

2.3. Streichung «Stadtratssaal-Renovation» von CHF 200'000.--; Denkmalpflege-Beitrag von CHF 90'000.--

Michael Durrer (GL) hält als Antragsteller fest, dass er versucht, sich kurz zu halten. Wir haben vorhin gerade gehört, dass das Zauberwort „Priorisierung“ ist. Wie wir ebenfalls vorhin bereits gehört haben und wie ihr alle wisst, verschieben wir aufgrund der finanziellen Situation jährlich Sachen, verzichten darauf oder führen sie häppchenweise durch. Das heisst, wir schauen in der FIKO immer wieder genau hin, wo wir Geld investieren möchten und vor allem auch können. Das haben wir auch in unserer Fraktion gemacht. Es ist uns als Fraktion durchaus bewusst, dass der Stadtratssaal nicht in einem guten Zustand ist und dass es dort auch Bedarf gibt, um etwas zu investieren. Allerdings ist es so, dass das Zuwarten im Gegenteil zur Sanierung der Rathausfassade nicht die gleichen Folgen hat. Bei der Fassade wird es je länger man zuwartet, je schwieriger und wahrscheinlich auch teurer, die Fassade zu sanieren und die Bilder auf der Fassade zu retten. Das ist hier im Saal aus unserer Sicht nicht gegeben. Entsprechend sind wir zum Schluss gekommen, dass wir, wenn es um eine Priorisierung geht, nicht nach aussen das Signal senden und den Leuten erklären können, warum wir es uns nicht leisten können, Geld für einen barrierefreien ÖV auszugeben, die Sanierung des Stadtratssaals aber möglich ist. Das ist der Grund, weshalb wir den Antrag stellen und ich bitte euch, ihn zu unterstützen.

Peter Küng (SP) nimmt als FIKO-Präsident zum Antrag Stellung. Die Finanzkommission hat das besprochen und empfiehlt den Streichungsantrag mit 5 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zur Annahme. Das Pro haben wir jetzt gerade gehört. Der Minderheit, die dagegen ist, ist die Renovation wichtig und sie unterstützt diesbezüglich den Stadtrat, dass sie jetzt nötig ist.

Stadtrat Daniel Muri projiziert Fotos. Das Beste, was auf diesem Bild noch erhalten ist, ist der Stadtpräsident. Vor ein paar Wochen hat es einen Kurzschluss gegeben bei einem Kupferdraht, der noch mit Stoff umwickelt ist. Es hat ein paar Wochen gedauert, bis man diesen ersetzen konnte und den Fehler gefunden hat. Ein solcher Kurzschluss kann übrigens auch zu einem Brand führen, was dann noch etwas teurer werden würde. In der Mitte sieht man eine Lampe. Es handelt sich dabei um ein Provisorium, welches wir jetzt 5 Wochen hatten. Das Elektrische ist aber möglicherweise noch das kleinste Problem. Weiter löst sich der Putz bereits überall gänzlich von der Bruchsteinmauer. Auf einem Bild sehen wir einen Stadtrat, der jeden Dienstag die Laptops unter dem Tisch an der Stromleiste einstecken muss. Stadträtin Marie-Theres Beeler und ich als die beiden Ältesten haben uns jeweils abgewechselt. Wir machen dies auch, wenn Besuch kommt, da wir nicht erwarten können, dass dieser unter den Tisch kriecht. Die Wandverkleidung entlang einer Sitzbank von ca. 15 cm löst sich ebenfalls komplett von der Bruchsteinmauer. Das sind jetzt nur ein paar wenige Bilder des desolaten Zustandes des Saals. Wenn man Mieterin oder Mieter ist, hätte man den Eigentümer schon längstens angerufen und ihn gefragt, weswegen dieser einem in einer solchen Bruchbude wohnen lässt. Als Eigentümer oder Eigentümerin würde man bei sich selbst möglicherweise eine Ausrede benützen, dass es in der Folgeweche gemacht wird. Der Stadtratssaal ist ein Kulturgut. Es geht nicht um ein nice-to-have oder um unsere Befindlichkeiten. Er ist ein Kulturgut, welches unter anderem auch bereits von Bundesräten besucht wurde oder wo die Jungbürgerfeiern gemacht werden. Der Saal wird auch in Stadtführungen gezeigt oder es kommen Schulklassen, um sich diesen anzusehen. Wir haben in den letzten 11 Jahren seit ich Stadtrat bin gute CHF 35 Mio. in Schulhausbauten, Sanierungen und Renovationen investiert. Dies wird auch weiter so gehen. Das Rotacker-Schulhaus hat bspw. ebenfalls einen grossen Sanierungsbedarf. Die CHF 200'000 entsprechen 0,7 % des Betrags, den ich jetzt genannt habe. Ich bitte euch, auch wenn die Meinungen möglicherweise vorgängig bereits gemacht worden sind, nochmals ein bisschen in euch zu gehen. Denn das Kulturgut ist Teil der Stadt und auch Teil von euch, die im Einwohnerrat die Bevölkerung vertreten.

Simon Fluri (FDP) weist als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion auf das Risiko hin, dass er möglicherweise etwas wie eine Schallplatte mit einem Sprung darin klingt. Ich komme zurück auch auf das Votum, welches ich im Rahmen des Grammet-Stegs gemacht habe. Wie bereits dort erwähnt, haben wir als Fraktion den Eindruck, dass der Stadtrat die Investitionen grundsätzlich richtig priorisiert. Hier sind wir jetzt ausnahmsweise der Meinung, dass er in dem Fall zwar das Richtige erkannt hat und dass Sanierungsbedarf vorhanden ist. Das wird von niemandem unserer Fraktion bestritten. Die Frage ist jedoch, ob die Sanierung in diesem Jahr stattfinden muss oder ob sie nicht nochmals aufgeschoben werden kann. Dazu nochmals der folgende Gedanke: Ein Teil der Investitionen, die wir tätigen, finanzieren wir mit Schulden. Ob das die richtige Priorisierung ist und andere Projekte zurückgeschoben werden, hinterfragen wir etwas. In diesem Sinne: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die FDP/Mitte-Fraktion ist grossmehrheitlich für den Streichungsantrag, also für das Streichen der Position.

Jonas Bischofberger (SP) führt aus, dass auch die SP-Fraktion ebenfalls der Ansicht ist, dass der Stadtratssaal möglicherweise nicht das allerwichtigste Infrastrukturprojekt ist, das es in Liestal gibt. Entsprechend besteht ein Verständnis für den Antrag. Ich habe aber bereits in meinem Votum zum Budget ausgeführt, dass das Sparen und Zurückstellen auch riskant sein kann, weswegen wir der SP-Fraktion der Ansicht sind, dass sinnvolle Investitionen getätigt werden sollen. In Bezug auf dieses Projekt wurde auch ausgeführt, was das Sparen und Zurückstellen für Risiken bedeuten kann. Selbst wenn ich persönlich der Meinung bin, dass eine behindertengerechte Bushaltestelle wichtiger wäre, kann ich diese Priorisierung jetzt leider

nicht mehr machen. Trotzdem finden wir, dass der Stadtratssaal einen repräsentativen und historischen Wert hat, der wichtig ist. Die Instandsetzung ist ja auch schon länger nötig und wurde immer wieder zurückgeschoben. Wir kennen es aus dem Alltag. Auch die Aufgaben, die nicht immer die allerdringendsten sind, müssen einmal gemacht werden, damit sie erledigt sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass es noch teurer wird, ist eher gross, wenn wir noch länger mit der Sanierung zuwarten. Auch in Bezug auf den Betrag ist es nicht so, dass wir dann deswegen auf ein Schulhaus verzichten müssten, denn wir bewegen uns in einer ganz anderen Grössenordnung. Dies auch, da dieser Betrag zu einem grossen Teil von Dritten, nämlich der Denkmalpflege, getragen wird. Deswegen werden wir von der SP-Fraktion grossmehrheitlich den Antrag zur Streichung ablehnen und die Instandsetzung unterstützen.

Markus Rudin (SVP) sagt als Sprecher der SVP-Fraktion, dass man gehört hat, dass der Stadtratssaal ein Kulturgut ist. Das ist sicher sehr wichtig. Mir, und ich denke auch dem Stadtrat, geht es aber um die Sicherheit. Als ich im Rahmen von Sitzungen gesehen habe, wie der Saal aussieht, hat mich das immer etwas gestört. Wir haben Brände erlebt, beispielsweise im Törl, bei welchen wir einen Kameraden fast nicht mehr rausgebracht haben. Ich musste ihm mit der Drehleiter eine Atemschutzflasche hineinreichen, damit er überlebt, weil es die Treppe unter ihm weggebrannt hat. Mir geht es jetzt hier um die Sicherheit des Rathauses und des Städtchens gesamt. Denkt einmal daran was geschieht, wenn es im Rathaus brennt. Ich weiss, es kann auch aus anderen Gründen brennen. Aber hier geht es um die Sicherheit, insbesondere aufgrund dieser uralten Elektrodrähte. Wir hatten ganz viele Brände in alten Häusern wegen der Elektroleitungen, weil die alle 100 Jahre alt und teilweise versteckt sind. Setzt jetzt bitte wegen den CHF 200'000 nicht die Sicherheit aufs Spiel.

Domenic Schneider (GLP) führt als GLP/EVP-Fraktionssprecher aus, dass die Situation tatsächlich schwierig ist. Wenn wir uns, wie es Jonas Bischofberger (SP) ausgeführt hat, gegen eine behindertengerechte Bushaltestelle aussprechen, können wir doch nicht den namhaften Beitrag von CHF 200'000 für die Renovierung des Stadtratssaal bewilligen. Auf der anderen Seite haben wir den Stadtratssaal, der grundsätzlich wunderschön ist. Ich durfte ihn auch bereits von innen sehen. Heute im Rahmen der FIKO-Sitzung haben wir ihn uns noch einmal angeschaut und Sachen festgestellt, die ich vorher nicht gewusst habe. Ich wusste, dass ein Holzpanel abgefallen ist und dachte, da kann man etwas Baukleber nehmen und diesen wieder befestigen. Aber der ganze Rest ist schon in einem schlechten Zustand. Wenn ich als Mieter in einer Wohnung wäre, würde ich dies nicht akzeptieren. Als ehemaliger Feuerwehrmann sage ich zudem klar, dass dies gemacht werden muss, da es sicherheitsrelevant ist. Beim vorangehenden Votum von Markus Rudin (SVP) kam mir sodann noch in den Sinn, dass der Stadtrat bei der Brücke handeln musste, da es sicherheitsrelevant war. Und eigentlich, wenn etwas wirklich so sicherheitsrelevant ist, dann müssen wir hier nicht diskutieren, dann wird es einfach gemacht. Seine Fraktion ist nach der Besprechung vom Montag grundsätzlich geschlossen dagegen gewesen. Heute habe ich jetzt einiges gehört und sage, ich passe mich auf der Basis von neuen Fakten auch gerne in meiner Entscheidung an.

Michael Durrer (GL) hält als Sprecher der Grünen Fraktion fest, dass er vorhin bereits gesagt hat, dass sie nicht der Ansicht sind, dass der Stadtratssaal als Kulturgut grundsätzlich nicht wichtig oder erhaltenswert ist. Dazu möchte ich sagen, dass es uns sicher auch nicht darum geht, hier irgendwie das Städtchen und das Rathaus in Gefahr zu bringen. Wenn es aber tatsächlich so dramatisch ist, wie es jetzt geschildert wird, hätte ich erwartet, dass das Ganze anders abläuft und nicht einfach mit zwei Zeilen plötzlich in einer Investitionsrechnung auftaucht. Wenn hier eine Gefahr erkannt wurde, muss man dieser selbstverständlich nachgehen und handeln. Ich frage mich auch gerade, ob die Kabel am Ende des Saals aufhören, oder ob man sich noch mehr ansehen muss. Die Diskussion hat nun eine Wendung genommen, welche nicht beabsichtigt war. Für uns ist es darum gegangen, dass wenn heute der Grammet-Steg und die Haltestelle abgelehnt werden, wir es ziemlich schwierig finden der Bevölkerung zu erklären, weswegen der Stadtratssaal Vorrang hat und renoviert werden sollte. Auch wenn Schulklassen und Gäste im Saal ein- und ausgehen, denke ich nicht, dass die Frequenz höher ist als an den 4 Haltestellen, von welchen wir vorhin gesprochen haben.

Werner Fischer (FDP) erklärt als Einzelsprecher, dass er etwas verwundert ist. Wir haben eigentlich über die Sanierung des Stadtratssaals gesprochen und jetzt sprechen wir über die Sanierung eines Kabels. Ich bin sehr froh, dass ich in einer Branche tätig bin, in welcher ich meinen Kunden nicht Angst machen muss, damit sie Geld ausgeben müssen, um etwas Besseres und Schönes zu machen. Ich kann es mit Leidenschaft machen und die Kunden können mit Freude entscheiden, dass es toll ist, einen neuen Sitzplatz, eine neue Treppe oder neue Pflanzen zu haben, weil das die Lebensqualität verbessert. Ich finde einfach, dass das Zeichen nach aussen völlig schlecht ist, wenn der Stadtrat stetig jammert und sagt, dass es uns finanziell nicht gut geht, aber so ein Projekt umsetzen möchte. Es ist, als wenn der Chef sagen würde, dem Unternehmen geht es nicht gut und es gibt deshalb keine Lohnerhöhung für die Mitarbeitenden, selbst aber mit einem neuen Auto auffährt. Wenn das Kabel sicherheitsrelevant ist, dann wechselt bittet das Kabel aus. Aber bitte lasst euch nicht erweichen, dass wir die CHF 200'000 bewilligen.

Thomas Eugster (FDP) möchte nochmals eine etwas andere Ansicht einbringen. Wir haben im Budget gesehen, dass wir nicht so viel investieren können, wie wir gerne würden. Der Selbstfinanzierungsgrad ist unter 100 %. Das heisst, wir können eigentlich nicht das investieren, was wir wollen und deshalb priorisieren müssen. Wir haben es jetzt in dieser Diskussion gesehen: Wir haben insgesamt 3 Anliegen, die alle berechtigt sind, aber wir müssen priorisieren. Gleichzeitig läuft jetzt die zweite Aufgabenüberprüfung bei welcher es nicht lediglich um Direktausgaben, sondern auch um die Investitionen geht und anschaut, wie sind die Priorisierungen und was können wir uns leisten. Dann war unsere Überlegung, dass es doch Sinn machen würde, dass man die Aufgabenüberprüfung laufen lässt, anschliessend sieht, was oberste Priorität hat und das nächste Budget entsprechend aufbauen kann. Damit könnte man doch auch die Sanierung des Stadtratssaals jetzt noch einmal zurückstellen, bis man die Gesamtschau hat. Jetzt ist der Faktor mit dem Brand dazugekommen und hier möchte ich mich Vorredner Werner Fischer (FDP) anschliessen. Entweder ist der Saal so marode, dass er geschlossen werden muss, was aber nicht der Fall zu sein scheint, da er täglich benutzt wird. Oder die Sanierung ist nicht so dringend und es wird einfach etwas tragischer gemacht, als es ist. In diesem Fall bin ich der Meinung, wäre es schon seriöser, wenn man dies 1 Jahr zurückstellen, sich die Aufgabenüberprüfung 2 anschauen und im kommenden Jahr die Priorisierung erneut prüfen würde. Selbstverständlich muss der Saal renoviert werden, denn er ist ein Kulturgut. Und ja, der Saal ist nicht in einem guten Zustand. Auf jeden Fall können Anlässe dennoch im Stadtratssaal durchgeführt werden. Bundesrat Albert Rösti war kürzlich ja auch im Stadtratssaal und hatte wohl kaum bemerkt, dass die Wand hinter ihm etwas schief ist. Ich würde deshalb beliebt machen, dass wir es halt doch zurückstellen, die Gesamtschau abwarten und dann schauen, wie wir das Ganze neu priorisieren. Es ist nicht der Sinn, dass es nicht gemacht wird. Und ja es ist so, dass aufgeschobene Investitionen eben auch nur aufgeschoben und nicht erledigt sind. Trotzdem hat man dann immerhin die Chance, eine Gesamtschau zu haben.

Anja Weyeneth (SP) bedankt sich bei allen, die konsequent sind in ihren Voten und gegen den Bushaltestellen-Antrag waren. Auch die SP-Fraktion ist konsequent und wird sich nach der Unterstützung des Bushaltestellen-Antrages auch für die Stadtratssaal-Sanierung aussprechen wird.

Stadtpräsident Daniel Spinnler möchte auf das Votum des Chefs mit dem neuen Auto zurückkommen. Erstens gewähren wir nachher eine Lohnerhöhung, wenn ihr dem zustimmt. Unsere Mitarbeitenden gehen also nicht leer aus. Zweitens geht es nicht um ein Auto, sondern um ein Kulturgut. Der Stadtrat hat genau eine Sitzung pro Woche darin. Dass der Saal nach dem Stadtrat benannt ist, dafür kann ich auch nichts. Aber es ist nicht der Saal für uns wie in einer Firma die obere Etage. Das ist ein Saal, der vielfältig und von vielen Menschen genutzt wird. Ich möchte auch noch auf das Votum von Markus Rudin (SVP) zurückkommen, das ist schon auch ein Aspekt. Wir sind natürlich vor 3 Wochen ziemlich erschrocken, als es dann auch noch angefangen hat nach Rauch zu riechen. Natürlich kann der Draht rausgenommen werden.

Aber ich wollte einmal in meinem Büro etwas aufhängen und da musste der Denkmal- und Heimatschutz kommen, um dies zu bewilligen. Wenn ich das bereits in die Hände nehme und den Strom machen will und zusätzlich die Fassade und die Fenster mache, hat es schon einen Zusammenhang. Noch zur Frage, ob auch diese Kabel weiter gehen: Dem ist nicht so. Es ist lediglich in diesem Saal so, nachher hat es ein Sicherungstableau. Und nun nochmals zum Votum des Selbstfinanzierungsgrades, welches mehrfach abgegeben wurde. Ja, ich bin derjenige der dies immer predigt betreffend Verschuldung und allem. Aber seht euch die Bilder nochmals an. Der Saal wurde wahrscheinlich im Jahr 1936 zum letzten Mal saniert. Ich habe Bilder von damals gefunden. Und seither ist einfach alles kaputt gegangen und das wird weiter geschehen. Wenn zum Schluss Sachen von der Decke fallen, wird es drastisch teurer. Der Denkmal- und Heimatschutz wird nicht einfach sagen können, dass man einfach ein Graffiti darüber sprayen kann. Es wird genau gleich wieder daherkommen müssen. Und wenn wir vorne die Fassaden machen, dann machen wir doch gerade noch den Saal. Die oberen Säle sind in einem besseren Zustand. Der Stadtratssaal ist jetzt eigentlich noch derjenige, der gemacht werden muss. Wie ich es auch schon erwähnt habe, war ich früher Präsident des Dichter- und Stadtmuseums. Das sind unsere Kulturgüter und es zeigt unsere Geschichte, so auch der Saal. Es sind ganz viele Sachen in diesem Saal geschehen und jetzt müssen wir doch etwas machen, bevor wir nachher mehr Geld ausgeben, denn dann müssen wir uns nämlich stärker verschulden. Es ist gekoppelt mit der Fassade. Und wenn noch jemand sagt, dass es nur 3 Zeilen waren, ist anzumerken, dass der Antrag auch etwas überraschend spät kam und man gewisse Fragen dazu hätte stellen können, welche vom Stadtrat und der Verwaltung hätten beantwortet werden können.

Michael Durrer (GL) nimmt Bezug auf das Votum des Stadtpräsidenten und stellt fest, dass dieses Thema bereits an einer der letzten FIKO-Sitzung diskutiert wurde. Auf einige Fragen dazu hatte man die Auskunft bekommen, dass die Fassade und die Innensanierung nicht miteinander verknüpft sind, was er doch noch betonen möchte. Wir haben gefragt und dies entsprechend losgelöst voneinander angeschaut. Zudem haben wir es bereits an mehreren Sitzungen gesagt, dass wir einen diesbezüglichen Antrag stellen werden.

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf das Votum des Vorredners. Ja, er hatte der FIKO die Antwort gegeben, dass selbstverständlich die Fassade und der Saal separat renoviert werden können. Es macht aber einfach nicht viel Sinn, da es die gleichen Arbeiten sind, welche erledigt werden müssen. Es gibt Synergien. Gestern zum Beispiel hat der Stadtpräsident einen Wintermantel getragen, weil die Fenster undicht sind. Das ist einfach nicht mehr zumutbar. Wenn die Fassade gemacht wird, dann steht ein Gerüst. Es sind die gleichen Gewerke und Restaurateure, die dies machen. Es sind Synergien, die genutzt werden können und wenn wir es nicht zusammen machen, wird es im Endeffekt einfach teurer. Dies habe ich an der FIKO-Sitzung auch so mitgeteilt. Wir schieben diese Sanierung immer wieder hinaus, seit er im Stadtrat ist.

Anita Baumgartner (GL) ist der Meinung, dass wenn der Stadtrat der Ansicht ist, dass die Fassadensanierung und die Sanierung des Stadtratssaals zusammen durchgeführt werden sollen, weil es die Abhängigkeiten quasi aufdrängen, so soll er eine Sondervorlage machen und diese dem Einwohnerrat vorlegen. Darin ist aufzuzeigen, was an der Fassade zu erledigen ist und was am Saal. Es gibt dann eine saubere Auslegeordnung und es gibt keine ad-hoc-Übungen im Rahmen der Budgetberatung. Ich denke auch, dass der Einwohnerrat dies an die BPK überweisen könnte. Diese kommt dann möglicherweise tatsächlich zum Schluss, dass es auch brandschutzrelevant ist, nebst dem, dass es für den Denkmalschutz wichtig ist. Ich bin etwas erstaunt, da wir dieselbe Übung bereits im letzten Jahr hatten. Ich hoffe, der Stadtrat lernt daraus, dass man es möglicherweise auch anders aufziehen könnte.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb er nun über diesen abstimmen lässt.

://: Der Antrag für die Streichung des Investitionskredits von CHF 200'000.-- (Kto. 0290.5040.036, Renovation) sowie des Denkmalpflege-Beitrages von CHF 90'000.-- (Kto. 0290.6310.002) betreffend «Stadtratssaal-Renovation» wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen gutgeheissen.

3. Steuerfüsse und Steuersätze 2026

Ratspräsident Philipp Franke (GL) kann feststellen, dass zu den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird im Jahr 2026 der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen auf 65 % der Staatssteuer festgelegt und der Festlegung des Steuerfusses für die Ertragssteuer sowie Kapitalsteuer für Juristische Personen auf 55 % der Staatssteuer zugestimmt.

4. Gebühren Wasser, Abwasser, Kehricht und Hundehaltung für 2025

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der FIKO betreffend die verschiedenen unveränderten Gebühren abstimmen lässt.

://: Von der Wasserbezugsgebühr von CHF 1.74/m³ inkl. 2.6 % MwSt.; der Abwasserbenützungsg Gebühr von CHF 2.27/m³ inkl. 8.1 % MwSt.; der Kehrichtsack-Gebühr von neu CHF 2.90 inkl. 8.1 % MwSt. pro 35-Liter-Kehrichtsack sowie den Hundehaltungs-Gebühren (Hundegebühr von CHF 100.--; Hunde-Einschreibgebühr von CHF 50.--; Hunde-Bearbeitungsgebühr von CHF 50.--) wird 35 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen Kenntnis genommen.

5. Teuerungsausgleich

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden. An der Landratssitzung vom 27.11.2025 ist vom Kantonsparlament ein Teuerungsausgleich von 0,3 % für das Jahr 2026 beschlossen worden.

://: Dem Antrag des Stadtrates sowie der FIKO wird einstimmig zugestimmt ein Teuerungsausgleich von 0,3 % für das Jahr 2026 auszurichten.

6. Realloohnerhöhung

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass zu den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

Der stadträtliche Zusatzantrag, dass eine Realloohnerhöhung für die Besoldung des Verwaltungspersonals analog dem Landratsbeschluss für das Staatspersonal beschlossen wird, ist von der FIKO ebenfalls unterstützt worden.

Der Landrat hatte an seiner Sitzung vom 10.12.2025 eine Realloohnerhöhung von 0,66 % beschlossen.

://: Dem Antrag des Stadtrates sowie der FIKO wird einstimmig zugestimmt und eine Realloohnerhöhung von 0,66 % beschlossen.

7. Erfolgsrechnung / Investitionen

Ratspräsident Philipp Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Erfolgsrechnung sowie die Investitionen bzw. Budget-Kredite werden gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO mit den vorgängig beschlossenen Änderungen vom Rat einstimmig beschlossen.

3. Bildungsreglement, Totalrevision (ESL 642.1) – Rektifizierter Bericht der GOR zur Totalrevision des Bildungsreglements (Nr. 2025-42)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Yves Jenni (GLP) stellt den Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) gemäss Vorlage Nr. 2024-225b vor: Der Einwohnerrat hat die Vorlage im Frühling an die GOR überwiesen. Die Kommission hat das Geschäft in mehreren Sitzungen beraten und dabei insbesondere geprüft, ob die vorgeschlagenen Anpassungen rechtlich sauber, verständlich formuliert und in der Praxis umsetzbar sind. In einzelnen Bereichen, insbesondere bei der Sprachförderung, bei den Betreuungsangeboten und bei den Kostenregelungen, hat die Kommission grösstenteils redaktionelle Präzisierungen vorgenommen. Dabei ist es nicht um inhaltliche Richtungsentscheide, sondern mehrheitlich darum gegangen, Missverständnisse zu vermeiden und die Lesbarkeit sowie die rechtliche Eindeutigkeit des Reglements zu verbessern. Die GOR ist erfreut darüber, dass der Stadtrat bereit ist, den überwiegenden Teil der vorgeschlagenen Anpassungen zu übernehmen. Das zeigt aus unserer Sicht auch die konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Stadtrat und der Einwohnerratskommission. Die einzige Differenz zum Stadtrat haben wir ganz am Anfang des Reglements. In § 1 hat die GOR den Begriff „Primarstufe“ bewusst durch „zusätzliche Angebote der Primarstufe“ ersetzt. Mit dem wird klargestellt, dass die Stadt nicht die Primarstufe als solches regelt, die ist nämlich kantonally vorgegeben, sondern die kommunalen Zusatzangebote im Umfeld der Primarschule. Die Präzisierung dient aus der Sicht der GOR der sauberen Abgrenzung der Zuständigkeit und verhindert die Doppelspurigkeit mit dem kantonalen Bildungsrecht. Darum würden wir beliebt machen, dass die Änderung vom Einwohnerrat so übernommen wird. Die GOR hat zudem den Mitbericht der SBK zur Kenntnis genommen und diskutiert. Die dort angesprochenen Punkte haben zu keiner Anpassung des Reglements geführt, sind jedoch auch der GOR wichtig. Es ist vor allem angeregt worden, dass im Zusammenhang mit der frühen Sprachförderung neben den sprachlichen auch die sozialen und motorischen Fähigkeiten stärker berücksichtigt werden. Die Kommission hat die Hinweise ernsthaft angeschaut. Wir sind jedoch zum Schluss gekommen und uns wurde dies auch versichert, dass soziale Aspekte im bestehenden Förderungskonzept bereits implizit mitlaufen und dass weitergehende Anforderungen insbesondere zu der motorischen Förderung reglementarisch nicht vorgesehen sind. Solche sind aber Bestandteil der jetzigen Umsetzung und werden auch in Zukunft wichtige Parameter sein. Insgesamt kommt die Kommission zum Schluss, dass die vorliegende Totalrevision des Bildungsreglements konsistent, nachvollziehbar und zweckmässig ausgestaltet ist. Die GOR hat diese Vorlage am Schluss einstimmig beschlossen. Ich würde mich gerne an dieser Stelle auch noch bei Stadtrat Lukas Felix sowie bei Monika Feller und Anna Stupan von der Stadt Liestal bedanken, die uns in den Sitzungen Rede und Antwort zum neuen Bildungsreglement gestanden sind. Es war für die GOR sehr wertvoll, direkte Erläuterungen bei Fragen und Unklarheiten zu bekommen. Ich bitte euch jetzt zum Schluss im Namen der GOR, unserem Antrag zu folgen und die Totalrevision des Bildungsreglements gemäss Synopse der GOR zu beschliessen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) erklärt, dass der Stadtrat an seinem Antrag betreffend § 1 Regelungsbereich» festhält, jedoch die übrigen GOR-Änderungsanträge unterstützt, was dieser nun bitte kurz begründen möchte.

Stadtrat Lukas Felix erläutert, dass der Stadtrat ausschliesslich im § 1 im Absatz, in welchem es um die Primarstufe oder die zusätzlichen Angebote der Primarstufe geht, an der ursprünglichen Formulierung „die Primarstufe“ festhalten möchte. Dies insbesondere, weil das in allen Musterreglementen so drin ist und auch, weil es im ganzen Reglement sonst auch so benannt ist. Es wäre dann einheitlich geregelt und ist materiell keine Änderung am Reglement. Deshalb möchten wir gerne beliebt machen, an der ursprünglichen Formulierung festzuhalten.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt die Frage an GOR-Präsident Yves Jenni (GLP), ob sich dieser jetzt oder erst später zum stadträtlichen Votum äussern möchte.

Yves Jenni (GLP) erklärt, dass er eigentlich alles gesagt habe. Ich habe erläutert, was wir zu diesem Thema in der GOR besprochen haben und ich denke, alle können sich nun selber eine Meinung dazu bilden.

Daniel Schwörer (FDP) erklärt als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass die FDP/Mitte-Fraktion die Änderungen der GOR mit Ausnahme der ersten Änderung unterstützt. Bei der ersten Änderung folgt die FDP/Mitte-Fraktion der Empfehlung des Stadtrates, dass diejenige Formulierung gewählt wird, dass die Primarschule generell geregelt wird und nicht lediglich spezifisch die Zusatzangebote. Wir unterstützen alle Anträge der GOR, unterstützen jedoch zum § 1 den Antrag des Stadtrates.

Benjamin Erni (GLP) führt als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion aus, dass seine Fraktion die Anträge der GOR unterstützt und das Bildungsreglement so wahrnimmt. Beim ersten Antrag weiss ich nicht genau, wie wir es machen, weil wir auf das Votum von Stadtrat Lukas Felix gewartet haben, um zu sehen, ob die Änderung der GOR oder die des Stadtrates mehr Sinn macht. Wir sind gespannt, was wir dort abstimmen. Ich möchte mich auch noch im Rahmen der SBK bei Stadtrat Lukas Felix sowie bei Monika Feller und bei der Verwaltung für die Ausarbeitung des Bildungsreglements bedanken, für die Beantwortung der Fragen sowie für die Beleuchtung der herausgenommenen inhaltlichen Punkte.

Marius Ziegler (SVP) bedankt sich als SVP-Fraktionssprecher bei Yves Jenni (GLP) für den guten Bericht. Er bedankt sich auch beim Stadtrat und der Verwaltung für die fachkundige Auskunft. Wir hatten in der Kommission einige interessante Sitzungen und sind aus unserer Sicht zu einer guten Lösung gekommen. Unsere Fraktion folgt dem GOR-Antrag.

Bernhard Bonjour (SP) informiert als SP-Fraktionssprecher, dass er gerne auf die Inhalte eingehen möchte, da diese seiner Fraktion wichtig erscheinen. Wir schlagen hier ein paar wichtige Pflöcke ein, die doch eine inhaltliche Bedeutung haben. Bei der schulergänzenden Betreuung soll wirklich auf die Eltern eingegangen und dies im Reglement festgehalten werden. Beispielsweise in Bezug auf die Zeiten, dass die Betreuung dann anfängt, wenn es für die Eltern nützlich ist oder auch, dass eine Ferienbetreuung stattfindet. Das zweite grosse Thema ist die Sprachförderung vor dem Kindergarten. Der Kanton bietet dies als Möglichkeit an. Liestal ist offenbar eine der ersten Gemeinden, die das jetzt umsetzt. Eine Frühförderung ist immer gut. Es kann die Schule und den Kindergarten entlasten, wenn die Kinder schon ein bisschen besser Deutsch können. Allerdings kann man auch ein bisschen skeptisch sein. Der Aufwand ist wahrscheinlich relativ gross für die Verwaltung, um das Obligatorium durchzusetzen und die Leistungsvereinbarungen zu machen. Man muss sicherlich beobachten, ob es den Nutzen hat, den man sich verspricht. Wir sind aber überzeugt, dass es zumindest für einzelne Kinder eine wichtige Sache sein kann, um sie aus der sprachlichen oder vielleicht auch sozialen Isolation herauszuholen. Die GOR musste ziemlich viel diskutieren und im Einzelnen genau anschauen. Für mich ist es einmal mehr ein Beweis dafür, dass man nicht einfach übernehmen kann, was der Kanton vorschlägt. Manchmal sind die Vorschläge nicht sehr sorgfältig und man muss noch einmal genau hinschauen. Ich finde es wichtig, dass die GOR dies macht. Dieser Ansicht bin ich auch bei der Differenz im ersten Paragraphen. Man hat alles herausgestrichen, was bereits durch den Kanton oder anderweitig geregelt wird. Das Reglement regelt somit eben gerade nicht die Primarschule, dazu steht nur wenig im Reglement. Von daher ist die Formulierung der GOR wohl sinnvoller.

Anita Baumgartner (GL) erklärt als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass ihre Fraktion der Meinung ist, dass wir jetzt ein funktionierendes und durchdachtes Reglement vorliegen haben, welches die Mittel bereitstellt, um die sprachliche Frühförderung durchzusetzen, was ihnen ein grosses Anliegen ist. Insofern können wir unserem Vorredner sicherlich beipflichten. Wir

möchten gerne noch anregen, dass man vielleicht noch prüft, ob der Fragebogen, den man den Eltern zustellt, tatsächlich für Eltern mit fehlenden Deutsch-Sprachkenntnissen tauglich ist. Diejenigen unserer Fraktion, welche sich dieses Jahr mit diesem Fragebogen auseinandersetzen haben, haben den Eindruck gewonnen, dass es vielleicht schwierig sein könnte, wenn man selbst der deutschen Sprache nicht so mächtig ist. Wir wissen aber, dass dieser Fragebogen nicht von der Stadt ist. Es ist also in dem Sinne nicht eine Kritik an die Stadt, es soll lediglich als Gedanke mitgegeben werden gegenüber denen, welche diesen Fragebogen ausgearbeitet haben. Zur Frage der Formulierung des § 1: Ich habe vorhin gerade nochmals eine Schnellsuche gemacht. Den Begriff „Primarstufe“ finde ich nur im Zusammenhang mit dem Schulrat erwähnt. In allen anderen Belangen geht es eben tatsächlich um die zusätzlichen Angebote auf der Primarstufe. Darum bin ich der Meinung, dass man dem Antrag der GOR durchaus Folge leisten könnte.

Stefan Fraefel (Mitte) äussert sich als Einzelsprecher dahingehend, dass er die deutlichere Verankerung der schulergänzenden Betreuung im Reglement begrüsst. Ich habe allerdings mehrfach gelesen, was bisher bezüglich Ferienbetreuung steht und was jetzt steht. Bisher stand: „Die Stadt Liestal bietet während der Unterrichtswochen folgendes Betreuungsangebot: Ferienbetreuung, ganztägig von spätestens 7 bis mindestens 18 Uhr.“ Neu steht in einem eigenen Absatz: „Die Stadt Liestal bietet ausserhalb der Unterrichtswochen eine Ferienbetreuung an, ganztägig von spätestens 7 Uhr bis mindestens 18 Uhr.“ Ich weiss jetzt nicht genau, was hier wirklich neu ist, ausser natürlich, dass die Ferienbetreuung nicht während der Unterrichtswoche sein kann. Bisher bietet die SEB in 2 Sommerferienwochen und während den Weihnachtsferien kein Angebot an. Wenn es jetzt heisst „ausserhalb der Unterrichtswochen“, darf ich dann davon ausgehen, dass es während 6 Wochen Schulferien im Sommer und während den Weihnachtsferien ein Angebot geben wird? Ist das überhaupt Thema gewesen oder nicht?

Stadtrat Lukas Felix möchte sich zunächst bei den beiden Kommissionen für die geleistete Arbeit, die unzähligen Fragen und Diskussionen bedanken. Das ist immer sehr wertvoll. Zunächst habe ich die Anregung von Anita Baumgartner (GL) betreffend Fragebogen aufgeschrieben. Der ist nicht von uns selbst erstellt worden, sondern die Umfrage wird vom Kanton durchgeführt. Da haben wir nur mässig Einfluss darauf, was dort drin ist und wie der verschickt wird. Wir verschicken ihn nicht einmal selbst, sondern wir als Stadt Liestal erhalten zum Schluss lediglich die Resultate der Umfrage. Wir können die Anregung dennoch gerne weiterleiten, falls der Fragebogen wirklich sehr schlecht sein sollte. Dann zur Ferienbetreuung: Bei der schulergänzenden Betreuung steht, dass der Stadtrat die Einzelheiten regelt. In der besagten Verordnung steht dann, in welchen Wochen der Ferien eine Betreuung stattfindet. Natürlich muss das im Grundsatz in praktisch allen Wochen sein. Man hat einfach festgestellt, dass in den Weihnachtsferien und in der dritten sowie vierten Sommerferienwoche sehr wenig bis gar kein Bedarf an Ferienbetreuung besteht. Es erscheint uns unverhältnismässig zu sein, für ein bis zwei Kinder Betreuungspersonal zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Totalrevision des Bildungsreglements haben wir nach eurer Zustimmung eine umfassende Regelung zur Bildung und insbesondere auch zur frühen Sprachförderung, die darin verankert werden soll. Diese ist ein fester Bestandteil dieser frühkindlichen Bildung. Wir machen das in Liestal schon länger mit der Sprachlerngruppe. Das ist ein freiwilliges Angebot, das bisher bereits rege in Anspruch genommen worden ist. Mit dem Reglement und der neuen Gesetzgebung können wir die Sprachförderung noch professioneller und insbesondere auch gestützt auf Daten dieser Spracherhebung durchführen. Aus Sicht des Stadtrates liegen mit der obligatorischen Frühsprachförderung auch zwei Potenziale: Einerseits können wir möglicherweise die Lektionen DAZ zurückfahren. Andererseits können wir potenziell auf Doppelzählungen in den ersten Klassen der Primarschule verzichten, was dann wiederum im Idealfall zu weniger Klassen führen kann. Das zweite Element, das man ausführlicher als vorhin verankert, ist die schulergänzende Betreuung. Ich habe nur eine Zahl noch dazu, die ich euch mitgeben möchte. In den letzten 10 Jahren ist die Anzahl an Mittagessen an unseren Schulen von rund 100 auf über 770 Mittagessen gewachsen. Das ist doch eine stattliche Anzahl und zeigt auch das Bedürfnis in der Bevölkerung nach diesen Angeboten. Zum Schluss möchte ich mich noch bei zwei

Mitarbeitenden der Verwaltung bedanken. Das ist einerseits Anna Stupan, sie ist die Abteilungsleiterin „Betreuung frühe Kindheit“. Zudem bei Monika Feller als Bereichsleiterin des Bereichs Bildung und Sport. Sie haben in den letzten zwei Jahren intensiv an dem Reglement gearbeitet und das vorbereitet, damit ihr das so in den Kommissionen beraten konntet. Jetzt stehen wir vor dem GoLive im nächsten halben Jahr.

Stefan Fraefel (Mitte) versteht die Änderung der GOR trotzdem nicht ganz. Nach seinem juristischen Verständnis muss die Ferienbetreuung ausserhalb der Unterrichtswochen angeboten werden, wenn dies so im Reglement steht. Es handelt sich dann um einen gesetzlichen Anspruch und der Stadtrat kann dies in einer Verordnung nicht reduzieren, lediglich konkretisieren. Wenn im Gesetz steht, dass die Schule von Montag bis Freitag ist, regelt der Regierungsrat lediglich die Details. Er kann nicht sagen, dass die Schule am Montag, Mittwoch und Freitag stattfindet, am Dienstag und Donnerstag aber nicht. Man muss einfach wissen, ob man die Änderung so wirklich durchsetzen möchte und was das möglicherweise bedeuten könnte.

Lukas Flüeler (GL) bedankt sich bei Stadtrat Lukas Felix für die Ausführungen zu den Fragen und nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners Stefan Fraefel (Mitte). Wir haben jedes Mal vorberatende Kommissionen und man kann solche Fragen in den Fraktionen einbringen, damit sie dort ausführlich beantwortet und geklärt werden können. Ich möchte an dieser Stelle der Kommission danken, die in meiner Abwesenheit, weil ich ausgefallen bin, die Arbeit für mich übernommen hat. Benjamin Erni (GL) ist dort für mich eingesprungen. Die Fragen wurden entgegengenommen und beantwortet. Ich möchte euch wirklich beliebt machen, dass ihr solche Fragen zukünftig für die Kommissionsberatung stellt und sie jeweils den Mitgliedern mitgibt. So kann man sie in den Kommissionen beantworten, im Bericht klären und muss sie nicht hier im Einwohnerrat diskutieren.

Daniel Schwörer (FDP) stellt vorsorglich einen Ordnungsantrag, dass wir jetzt um 19:30 die Sitzung nicht abbrechen, sondern das nachfolgende Traktandum der **Initiative «Sichternstrasse» (Nr. 2025-61)** noch beraten, weil der grösste Teil von unserem Publikum nämlich wegen dem Traktandum hier ist. Ich bitte den Präsidenten nicht gerade jetzt, sondern anschliessend eine Abstimmung darüber zu führen, ob die Sitzung abgebrochen oder zur Behandlung des Initiativkomitees noch weitergeführt werden soll.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) hat den Ordnungsantrag notiert und lässt zu einem späteren Zeitpunkt darüber abstimmen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und der Einwohnerrat nun zur Detailberatung der Anträge kommt. In den Synopsen findet sich ein Paragraf, bei welchem sich die Anträge des Stadtrates und der GOR widersprechen. Ich werde über diesen separat abstimmen lassen und im Anschluss eine Gesamtabstimmung machen, weil keine sonstigen Änderungsanträge mehr eingegangen sind. Jetzt wäre der letzte Moment, falls irgendjemand doch noch etwas ändern will. Gut, da es keine Anträge gegeben hat, gehen wir zum § 1 Absatz 2 Buchstabe a «Regelungsbereich». Dort schlägt der Stadtrat vor, dass der Wortlaut folgendermassen lautet: «Es regelt insbesondere die Primarstufe». Die GOR schlägt vor, dass der Wortlaut wie folgt gewählt wird: «Es regelt insbesondere zusätzliche Angebote der Primarstufe». Mit einer Ja-Stimme stimmt ihr für den Antrag des Stadtrats, wenn ihr Nein stimmt für den Antrag der GOR.

://: Der stadträtliche Antrag bezüglich § 1 Abs. 2 Bst. a wird von 14 Ratsmitgliedern, derjenige der GOR von 22 Ratsmitgliedern mehrheitlich unterstützt.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass er nun über das neue Reglement mit der zuvor beschlossenen Änderung in der Schlussabstimmung abstimmen lässt, da keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig das neue Bildungsreglement (ESL 642.1) gemäss Vorlage der GOR Nr. 202025-42b mit der zuvor beschlossenen Änderung.

Ordnungsantrag «Behandlung Initiative Sichternstrasse» (Nr. 2025-61)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) leitet über zum vorgängig gestellten Ordnungsantrag von Daniel Schwörer (FDP/Mitte), mit welchem beantragt wird, dass wir jetzt noch ein weiteres Traktandum machen zur Volksinitiative „Für eine verbesserte Sichternstrasse“ gemäss Traktandum 4 bzw. stadträtlichen Vorlage Nr. 2025-61.

Daniel Schwörer (FDP/Mitte) hält als Antragsteller fest, dass die meisten Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Gästetribüne Initianten sind, welche gespannt sind, wie das städtische Parlament mit der Initiative umgeht. Sie sind extra heute Abend hierhergekommen. Wenn es jetzt um die Ehrung des geschätzten Stadtrates Daniel Muri geht, denke ich, ist diese auch noch beim nachfolgenden Aperitif möglich. Ich möchte der Ehrung nicht entgegenstehen. Ich denke aber, dass die Initiative und deren Behandlung angesichts des grossen Interesses der Initianten doch prioritär ist.

Stadtrat Daniel Muri führt aus, dass es eine Überraschung hätte sein sollen, er es nun aber dennoch erwähnen möchte: Es stehen ca. 30 Kinder draussen und auf der Tribüne warten viele Eltern dieser Kinder, die sie begleiten und dann anschliessend an meine Ehrung ein Lied singen, welches ich geschrieben habe. Ich kann jetzt diesen Kindern und Eltern nicht sagen, dass sie ins Rathaus dislozieren müssen. Entsprechend bitte ich euch, dem Antrag nicht zu folgen.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) schlägt vor, dass sich die Sitzung lediglich verzögern wird, die Ehrung dennoch hier gemacht und später zum Apéro geschritten wird.

Anja Weyeneth (SP) hält als Sprecherin der SP-Fraktion fest, dass ihre Fraktion aufgrund der Gästezahl für die Behandlung der Initiative ist. Ich wäre dafür, dass wir diese Ehrung im Nachgang auch hier machen und dass der Apéro etwas verschoben wird. Ich glaube, das verkraften wir. Die andere Version wäre wahrscheinlich etwas komisch: Zunächst die Ehrung, da so viele Kinder und ihre Eltern hier sind, und dann die Initiative. Es ist halt nicht der elegante Ablauf, aber ich denke, dass wir beides machen, ist richtig.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) bedankt sich für den unverbindlichen Vorschlag, wozu aber ein weiterer Ordnungsantrag nötig wäre.

Michael Durrer (GL) hält als Sprecher der Grünen Fraktion fest, dass es sich um eine öffentliche Sitzung handelt und die Zuschauerzahl keinen Einfluss darauf haben sollte, wie die Geschäfte behandelt werden. Auch wenn es sehr schön ist, dass wir heute viele Zuschauer bei uns haben.

Markus Rudin (SVP) schliesst sich als Sprecher der SVP-Fraktion seinem Vorredner an. Wir können auch bereits andere wichtige Geschäfte wegen Zeitmangel nicht mehr an der heutigen Sitzung behandeln. Entsprechend sollte auch jetzt gemäss dem Programm fortgefahren werden.

Domenic Schneider (GLP) ist als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion der Ansicht, dass das zur Diskussion stehende Traktandum eine gewisse Wichtigkeit hat und eine halbe Stunde nicht genügt. Wenn wir das jetzt noch reindrücken und sagen, dass sich alle kurzhalten müssen, dann werden wir dem Volkswillen nicht gerecht. Daher würde ich sehr darauf plädieren, dass man das Traktandum auf die kommende Sitzung verschiebt. Es tut mir in diesem Fall sehr leid für all die Zuschauer, die gekommen sind. Ich finde es sehr toll, interessieren sich so viele für die Geschäfte. Das ist eine Wertschätzung dem gesamten Einwohnerrat gegenüber. Wir müssen uns dafür entschuldigen, wenn es heute nicht mehr reicht. Ich habe aber jetzt gerade gehört, dass die Kinder um 20:00 Uhr von den Eltern abgeholt werden. Daher müsste entweder

Anja Weyeneth (SP) einen Ordnungsantrag stellen, dass man die Ehrung vorzieht, oder man lehnt den Antrag von Daniel Schwörer (FDP) ab und beendet die Sitzung.

Richard Gafner (FDP) ergreift im Namen der FDP/Mitte-Fraktion das Wort. Ich und wohl eine Mehrheit der Fraktion ist der Ansicht, dass das Traktandum aufgeschoben werden sollte. Ich glaube, wir werden dieser Sache nicht gerecht, wenn wir versuchen, sie kurzfristig noch durchzudrücken. Wir haben einen klaren Ablauf und es war bereits vorgängig klar, bis wann die heutige Sitzung dauert. Man hätte entsprechend auch eingangs der Sitzung einen Antrag stellen können, hätte man den Ablauf verändern wollen.

Ratspräsident Philipp Franke stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über den Ordnungsantrag von Daniel Schwörer (FDP/Mitte) abstimmen lässt.

://: Der Ordnungsantrag, dass das Traktandum Nr. 4 beziehungsweise die stadträtliche Vorlage Nr. 2025-61 „Nichtformulierte Volksinitiative für eine verbesserte Sichertstrasse“ mit 2 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen grossmehrheitlich abgelehnt wird.

Ratspräsident Philipp Franke entschuldigt sich bei den vielen Zuschauern, die jetzt mehr oder weniger vergebens hierhergekommen sind. Ich hoffe, dass sie trotzdem eine halbwegs spannende Sitzung verfolgen konnten.

Stadtrat Daniel Muri - Verabschiedung

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält fest, dass man hier im Landratssaal als Rednerin oder Redner noch aufgestanden ist, als Stadtrat Daniel Muri vor 11 Jahren sein Amt angetreten hatte und das macht er heute auch.

Lieber Dani

Am letzten Freitag habe ich durch die Einfachverglasung meiner Bürofenster eine Schulklasse in der Rathausstrasse singen gehört: «Wir sind die Kids von Liestal, na na na na na». Bei mir hat sich ein wohlig-warmes Gefühl in der Bauchgegend breit gemacht und ich bin geschwelgt in den guten Erinnerungen an das Stadtfest im Jahr 2019. Das gesungene Lied war der Stadtfest-Song, den du damals mit Urs Rudin komponiert hast. Mit dem Namen des Liedes «Wir leben an einem guten Ort» hast du es treffend geschafft, unser klobig tönendes Leitbild «Lebensqualität in der Hauptstadt» in verständliche Worte zu übersetzen. Im Lied heisst es dann weiter: «Wir leben an einem guten Ort, mitten im Baselbiet, umgeben von Musik, Sport und Kultur». Deine Musik- und Kulturaffinität haben dir immer wieder geholfen. Musikalisch unvergessen bleiben deine einwandfreien Auftritte mit der Mundharmonika, beispielsweise bei der Geburtstagsvideogrussbotschaft an die Stadtmusik. So hast du auch dein bauliches und musikalisches Wissen bei der Musikschule vereinen können. Das hat dazu beigetragen, dass diese heute in einem tollen und auch flexibel einsetzbaren Gebäude ist. Dass die Kultur dir schon immer am Herzen gelegen ist, haben wir bereits in deinem früheren Wirken gesehen, sei es als Kabarettist und Rahmenstückschreiber am Rotstab-Cabaret oder später als Produzent beim «Rahmtäfel». Dort mag ich mich auch noch sehr gut an einen parodierten Politiker erinnern, der wegen seinem Schal immer heiss hatte. Er ist heute auch da. Beim Schreiben deiner Stücke hast du damals die Politik mit feinen Klingen seziert. Das half dir auch, als du im Jahr 2016 mit deiner Wahl in den Stadtrat einen politischen Senkrechtstart hingelegt hast. Obwohl du parteilos bist, muss man neidlos anerkennen, dass du nach wie vor die grösste Fraktion hast. «Eine Rutschbahn neu im Hallenbad, so toll und voll im Trend» steht auch im Songtext. Eines deiner grössten Themen bei deinem politischen Einstieg war das Gitterlibad. Dort hat es einiges gegeben, das ins Lot gebracht werden musste. Der Verwaltungsrat war zu gross, eine Überschuldung der AG drohte und wir hatten sehr hohe Investitionen. Im neuen Verwaltungsrat habt ihr dann einen neuen, sehr motivierten Geschäftsführer gefunden und die Sicherung der Finanzen und auch die dringend nötigen Investitionen umgesetzt. So habt ihr das Bad wieder auf die Spur gebracht. Ab Juli 2020 hast du dann die Abteilung Hochbau und Planung übernommen. Dann ist es richtig losgegangen und das neben eigenem Unternehmen, Familie und weiterem Engagement. Du hattest unzählige Sitzungen in deinem Bereich mit der Stadtbaukommission, mit der Farben- und Reklamekommission, mit Investoren, mit der BUD, bei verschiedenen kantonalen Kommissionen sowie in unserer Bau- und Planungskommission. Dann sind auch noch die Beantwortungen der Einwohnerrats-Vorstösse gewesen. Der Hochbau führt da zweifelsfrei die Rangliste an. Überall dort sind Geschäfte verhandelt worden, wie z.B. der Masterplan Rheinstrasse, das Verkehrskonzept Stedtli, der Schulhausneubau Fraumatt, der Engelsaal, damals noch das Parkleitsystem, dann der QP am Orisbach und zahlreiche Kredite zur Gebrauchstauglichkeit. Was für ein Wort, das du da kreiert hast. Dann war da auch noch dein Lieblingsprojekt «Velopumpstationen». Ein grosser Wurf war sicherlich, dass die 3 Projekte QP am Orisbach, die Sanierung des Kantonsgerichts sowie der QP Lüdin synchronisiert geplant werden konnten. Das hat du immer als riesige Chance für Liestal gesehen. Trotzdem hat dir die letztlich gewonnene Abstimmung über den QP am Orisbach etwas zugesetzt, da du teilweise auch persönlich angegriffen worden bist. Das unter anderem nur, weil du ein tolles Kreuzworträtsel im «Liestal aktuell» publiziert hast. Um es erneut ausfüllen zu können, überreiche ich dir hier gerne noch einen Stift, auf dem etwas steht. Das Positive hast du aber trotzdem immer gesehen und es hat sich gelohnt. Neben zahlreichen

genehmigten Krediten und umgesetzten Bauprojekten, ist in diesem Jahr der QP Lüdin rechtskräftig geworden. Der Kredit für die Sanierung des Kantonsgerichts wird durch die BPK dem Landrat zur Genehmigung empfohlen. Der Regierungsentscheid zum QP am Orisbach soll ebenfalls bald kommen. Ich hoffe fest, dass du die Wette um 6 Flaschen guten Wein gewinnst. Das ist natürlich eine Insider-Aussage. Ein besonders herausforderndes Geschäft war die Erhöhung der Parkgebühren. Während der Umsetzung bist du trotz hohem Druck und persönlichen Anfeindungen standhaft geblieben. Trotzdem bist du dir dann nicht zu schade gewesen, ein Comeback im Rotstab-Cabaret zu geben. Mit der Benny-Hill-Parodie haben wir uns wieder mit den Patent- und Gewerbebetreibenden im Städtchen versöhnen können. Über sich selbst lachen zu können, das ist eben auch eine Stärke von dir. Dann war hier noch die Törli-Uhr, die nach 90 Jahren auch noch den Geist aufgeben musste. Die Revision war ebenfalls in deiner Verantwortung. Heute läuft sie wieder, der Kronos lacht. Lieber aber hätten wir es mit dem Rücktritt von dir wie mit der Uhr gehabt: Auch der hätte sich noch ein bisschen verspäten dürfen. Es war richtig toll mit dir als Teamplayer im Stadtrat zu amten, um die beste Lösung zu ringen, gemeinsam zu lachen und auch Persönliches mit dir teilen zu dürfen. Die pragmatische Art als Unternehmer und dein Motto «Hinter jeder Ecke lauert eine Kurve», man soll also auch etwas wagen und nicht nur das Negative sehen, hat sich positiv auf unser Gremium und unsere Beschlüsse ausgewirkt. Zum Schluss: Der mehrfach zitierte Liedtext unterstreicht, wie sehr dir unser Liestal am Herzen liegt. Wir haben dadurch in Liestal mehr als nur einen Stadtfestsong bekommen. Der Refrain «Wir leben an einem guten Ort, da sind wir gerne zu Hause» stimmt dank deinem Wirken im Stadtrat heute, aber auch in der Zukunft. Und dafür, lieber Dani, danken wir dir alle ganz herzlich.

[Übergabe von Blumenstrauss]

Ratspräsident Philipp Franke bedankt sich bei Stadtpräsident Daniel Spinnler für die tolle Rede und die Verabschiedung:

Ich möchte aus meiner Sicht auch noch einige Worte sagen, bevor du das Wort übernehmen darfst. Stadtpräsident Daniel Spinnler hat aber eigentlich schon alles gesagt. Dennoch möchte ich drei Gedanken äussern. Du bist im Jahr 2015 als Parteiloser und aus gewissen Wahrnehmungen auch als politisch Unerfahrener in den Stadtrat gekommen. Das war sehr mutig. Da habe ich auch Stimmen gehört die sich gefragt haben, wer dies ist, was er hier macht und ob dies gut kommt. Jetzt nach 10 Jahren wissen wir, dass es sehr gut gekommen ist. Du hast dich immer mit viel Sachverstand, Bodenständigkeit und Argumenten eingesetzt und hast so für sehr gute Debatten und Entscheidungen gesorgt und grosse Projekte weitergebracht. Jetzt gibt es auch noch etwas Fairness, denn im Jahr 2015 hast du jemanden bei den Wahlen in den Stadtrat geschlagen: Thomas Eugster. Jetzt übergibst du ihm den Platz, das ist Fairplay und das ist ein bisschen wie das Rückenklappen bei den Schwingern. Das finde ich sehr nett von dir. Um das zu unterstreichen, möchte ich dir im Namen des Einwohnerrates ein Geschenk überreichen. Das ist auch etwas eine Schadensbegrenzung. Wir möchten verhindern, dass weiterhin einfach aus Kühlschränken die Weinflaschen verschwinden – auch das ist ein Insider, über den hier im Saal immer noch einige schmunzeln können. deshalb geben wir dir jetzt eine eigene, von der du profitieren kannst. Vielen Dank für die tolle Zeit Dani und machs guet.

[Übergabe von Magnum-Weinflasche mit Unterschriften der Einwohnerratsmitglieder]

Stadtrat Daniel Muri ist überwältigt und richtet folgende Worte an die Anwesenden:

*Geschätzter Einwohnerratspräsident
Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte
Geschätzter Ratsschreiber Marcel Jermann
Geschätzte Mitarbeitende der Verwaltung
Lieber Stadtpäsident Daniel Spinnler
Liebe Stadtratskolleginnen Marie-Theres und Pascale
Lieber Stadtratskollege Lukas
Liebe Gäste und Eltern auf der Tribüne sowie Kinder hier im Saal
Liebe Freunde und Familienangehörige mit meiner Partnerin Manuela*

Schön habt ihr den Weg hierher gefunden, das macht mich richtig glücklich. Ich bedanke mich für all die guten Begegnungen mit diesen Menschen, die sich politisch und lösungsorientiert mit Herzblut für unser gutes Liestal und über die Gemeindegrenze hinweg engagiert haben und sich in Zukunft weiter engagieren werden. Ich bedanke mich für die freundliche Zusammenarbeit mit allen Mitarbeitenden in der Verwaltung. Auch ein grosser Dank geht an die Mitarbeiter meiner kleinen Firma, die gemeinsam am Karren gezogen haben, sodass ich nie Angst haben musste, dass die Firma unter dieser Doppelbelastung leiden könnte. Ein grosser Dank gehört meinen Stadtratskolleginnen und -kollegen, ihr seid mir wirklich ans Herz gewachsen. Ich werde die Zeit mit euch vermissen. Es war mir eine Ehre, dass ich das verantwortungsvolle Amt, das nicht vielen Menschen vergönnt ist, mit euch teilen durfte. Ein Zitat sagt: „Als die Axt den Wald betrat, flüsterten die Bäume, der Griff ist einer von uns.“ Auf den ersten Blick kann das Zitat beängstigen, denn wir sehen vor unserem geistigen Auge nur den Stahl der Axt und seine zerstörerische Wucht. Auf den zweiten Blick aber, und das haben die Bäume und das hat der Wald erkannt, steht der Stahl zusammen mit dem hölzernen Griff für Erneuerung, für Aufbruch und für Veränderung. Das Auslichten von alten und kranken Bäumen schafft Licht und neue Lebensräume für alle, die sich im Wald aufhalten. Es ist nicht die Angst vor dem Stahl, der uns in Zukunft leiten soll, sondern das Wissen, dass der hölzerne Griff aus dem Wald stammend ein Teil des ganzen Werkzeugs ist und somit ein Teil des Ganzen. Ich wünsche mir, dass ihr auch in Zukunft den Mut und die Kraft aufbringt, mit Sorgfalt auszulichten und Platz für neue Lebensräume in Liestal zu schaffen. Dies, damit Menschen, die heute hier leben und die nächsten Generationen mit Überzeugung sagen können: „Hier in Liestal leben wir an einem guten Ort“. Somit bin ich am Schluss und zugleich am Anfang eines neuen Lebensabschnitts und möchte es nicht versäumen, mich bei dem Menschen, der mich zu diesem Amt als Stadtrat erst angestossen hat, zu bedanken. Es ist der Mensch, der nie hinter oder vor mir, sondern immer und ausnahmslos neben mir steht. Heute ist die Gelegenheit, dir vor dem versammelten Liestaler Parlament für deine Loyalität, deine ausnahmslose Unterstützung und deine Liebe, die man in allem was du machst spürt, zu danken: Ich danke dir vielmals, Manuela. Natürlich freue ich mich, dass jetzt aus dem Fraumatt-Schulhaus so viele Kinder und Lehrpersonen meinem Wunsch gefolgt sind und heute Abend hierhergekommen sind, um das Stadtfestlied noch einmal für uns alle zu singen. Viel Spass und sicher bis bei einer anderen Gelegenheit im Städtchen. Merci vielmals.

[Vortrag Stadtfest-Song durch Fraumattschulhaus-Schulklassen 4da/5fa und 6dab]

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Philipp Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Im Anschluss an die heutige Sitzung sind alle zum Weihnachtsapéro im Rathaus eingeladen. Bereits an dieser Stelle wünscht er allen Ratsmitgliedern sowie Anwesenden und ihren Familienangehörigen schöne und besinnliche Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2026.

Schluss der Sitzung: 20:00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Philipp Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann